Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreis-blatt) Stadt und Kreis Merseburg

Bezugspreis: mit den Wochenbeilagen: „Bilder der Woche", „Spottvogel", etc. durch die Post Mk. 2.40 ohne Bestellgeld, durch Boten Mk. 2.— frei Haus monatl. Erscheint werktäglich nachmittags. Einzelnumm. 10 Pfg. Sonnabends 20 Pfg. Geschäftsstelle: Hälterstr. 4 (Hauptstelle) und Gotthardstr. 38. — Im Falle höherer Gewalt (Streik usw.) besteht kein Anspruch auf Lieferung oder Rückvergütung.

Anzeigenpreis: für den 8 gespaltenen Millimeterraum 10 Pfg., im Reklameteil (3 gespaltenen) 40 Pfg., für Chiffre und Nachweisungen 21 Pfg. Aufschlag. Familienanzeigen ermäßigt. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Merseburg Anzeigenschluß 10 Uhr vormittags. — Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. — Postscheckkonto Leipzig 16654. Fernsprecher 100/101.

Nr. 157 — Mittwoch, den 8. Juli 1925 — 165. Jahrgang.

Nur Umgruppierung — keine Räumung.

Kaiserslautern, 8. Juli. Der Magistrat der Stadt Kaiserslautern ist von den Besatzungsbehörden angewiesen worden, für hundert französische Offiziere Wohnungen zu beschaffen. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Ruhrtruppen in das altbesetzte Gebiet geführt werden sollen. Es wird sich also nicht um einen Abtransport der französischen Truppen nach Frankreich, sondern nur um eine Umgruppierung handeln.

Die politischen Spitzel bleiben.

Gelsenkirchen, 7. Juli. Durch die Meldungen, daß ein Teil des Ruhrgebietes, und zwar die Städte Bochum, Gelsenkirchen und Recklinghausen, bis zum 15. Juli von der Besatzung befreit sein würden, ist die Hoffnung erweckt worden, daß es sich um einen restlosen Abzug der französischen Besatzung und damit auch der Fremdenaufsicht handele. **Entgegen dieser optimistischen Auffassung muß festgestellt werden, daß die französische politische Polizei nach wie vor in diesen Gebieten zurückbleibt und damit auch der bedauerliche Zustand, daß eine weitere Kontrollierung des politischen und wirtschaftlichen Lebens im Ruhrgebiet aufrecht erhalten bleibt.** Diese Polizei wird mindestens noch bis zum 15. August ihre unliebsame Tätigkeit ausüben. Es handelt sich bei diesen Beamten um nicht uniformierte Personen, so daß hierdurch ein Zustand geschaffen wird, ähnlich der so oft erwähnten „unsichtbaren Besetzung". Von dieser Einrichtung werden ganz wesentlich die Presse, die gesamte öffentliche Meinung und vor allem auch die Angehörigen der nationalen Verbände betroffen.

Noch nicht überall Vorbereitungen zur Räumung.

Essen, 8. Juli. Die seit einigen Tagen aufgenommenen Abbaumaßnahmen der französischen Besatzung im östlichen Teil des Ruhrgebiets werden fortgesetzt. In Witten, Hattingen und Bochum sind die Familien der Besatzungsangehörigen zum Teil bereits abtransportiert. Einzelne Wohnungen und Kasinoräume sind zurückgegeben und transportable Gebäude sowie größere Lager abgebrochen. Die Vermutung, daß die Räumung bereits am 15. und 16. Juli beginnen wird, dürfte nicht zutreffen. Bis zu diesem Termin sollten vielmehr im östlichen Ruhrgebiet die Vorbereitungen zur Räumung durchgeführt sein. Merkwürdigerweise sind in den zur Rheinprovinz gehörenden Teilen des Ruhrgebiets die Vorbereitungen bisher in keiner Weise aufgenommen.

Durchbruch der französischen Marokkofront.

Paris, 7. Juli. Die „Humanitee" veröffentlicht ein Reutertelegramm, wonach die französische Linie von den Riffkabylen durchbrochen und die Eisenbahnverbindung von Fez nach Taza gestört ist, das bedeutet: der Verbindungsweg zwischen Marokko und Algier wurde entzweigeschnitten.

Es wird zugegeben, daß die Situation in Taza sich kritisch gestaltet habe und dort weitere Abfälle bisher treugebliebener Stämme vorgekommen wären. Darunter sei ein Stamm, der Abd el Krim 6000 Gewehre zur Verfügung stellte.

Der neue Oberbefehlshaber.

Paris, 7. Juli. Zum Oberbefehlshaber in Marokko ist General Naulin ernannt worden.

General Naulin, der seinerzeit als Nachfolger des Generals Gratier den Befehl über die französischen Truppen in Oberschlesien hatte, wo er in unerhörter Weise für die Polen eintrat und mit allen Mitteln das Deutschtum zu unterdrücken suchte, ist gegenwärtig Kommandeur des 31. Armeekorps, das zur Rheinarmee gehört. Naulin hat schon als Hauptmann zwei Jahre in Marokko gestanden. Nach dem Kriege war er Divisionsgeneral in Algier. Der General Naulin genießt in der französischen Armee den Ruf eines „wissenschaftlichen Offiziers". Als Führer ist er im Kriege niemals irgendwie hervorgetreten. Bestimmend für seine Ernennung scheint die Tatsache gewesen zu sein, daß er als zuverlässiger Republikaner mit sehr linksgerichteten Anschauungen gilt.

Naulin bei Painlevé.

Paris, 7. Juli. Der Ministerpräsident Painleve hat heute den neuen Oberkommandierenden in Marokko, General Naulin, empfangen. General Naulin wird zunächst einen Generalstab bilden und sich mit der militärischen Lage in Marokko vertraut machen. Er wird seinen Posten in etwa 10 Tagen antreten.

Der spanische Gesandte bei Briand.

Paris, 7. Juli. Briand hatte heute eine lange Unterredung mit dem spanischen Gesandten in Paris, die sich auf die Madrider Konferenz bezog. Ueber alle Fragen, die sich auf die Zusammenarbeit in Marokko beziehen, halte der Quai d'Orsay London auf dem Laufenden.

Meinungsverschiedenheiten zwischen Paris und Madrid.

Paris, 7. Juli. Ueber den Inhalt der Besprechungen zwischen Briand und Quinones de Leon verlautet offiziell nichts. Es kann aber kein Zweifel bestehen, daß die Schwierigkeiten in Madrid außerordentlich groß sind und zwar nicht nur zwischen Spanien und Frankreich, sondern auch innerhalb der maßgebenden spanischen politischen Kreise selbst. Der Madrider „Temps"-Korrespondent erfährt, daß der General Primo de Rivera allen Mitgliedern des Direktoriums vollkommenes Schweigen auferlegte, weil er darüber ungehalten war, daß diese öffentlich ihrem Zweifel über die Nützlichkeit einer militärischen Zusammenarbeit zwischen Spanien und Frankreich und die Wirksamkeit einer Truppenlandung in Alhucemas Ausdruck gaben. Der „Temps"-Korrespondent behauptet, daß Marine- und Landoffiziere unzufrieden seien; aber der Drohung des Generals Primo de Rivera fügten sie sich und beobachten nunmehr Schweigen. Abd el Krim würden nunmehr im Namen Frankreichs und Spaniens Friedensangebote gemacht werden, doch sei man überzeugt, daß diese von ihm abgelehnt werden würden, worauf die französisch-spanische Militäroperation sofort beginnen solle. Frankreich würde auf Tetuan vormarschieren. Die spanischen Truppen würden dann nach Tetuan zu kommen trachten, um mit den Franzosen die Verbindung herzustellen. Dadurch würde insbesondere der Djebalastamm in Respekt gehalten werden, und Abd el Krim würde auf diese Weise einer wichtigen Unterstützung beraubt werden. 40 000 spanische Soldaten werden von Malaga und anderen Häfen nach Marokko gebracht werden. Schiffe wurden zu diesem Zweck bereits requiriert.

Neue Marokkokredite.

Zustimmung der Sozialisten?

Paris, 8. Juli. In der Kammer brachte Painleve einen Gesetzentwurf ein, der für Marokko einen Zusatzkredit in Höhe von 800 Millionen Frank fordert.

Die sozialistische Kammerfraktion hat gestern in einer Fraktionssitzung den Beschluß gefaßt, worin es heißt, daß die Sozialisten die innerpolitische Klärung bis zum Herbst vertagen wollen.

Demnach wollen die „Genossen" auch den weiteren Krediten für das Marokkounternehmen zustimmen. In deutschen sozialdemokratischen Kreisen wird aber unentwegt weiter gelogen, daß der Sozialismus und Pazifismus international unlöslich verbunden seien.

England und Tanger.

London, 7. Juli. Die hiesige Regierung steht dem spanischen Antrag auf Neuregelung der Grenze der Tangerzone und ihre Besetzung durch eine internationale Truppenmacht durchaus ablehnend gegenüber als unvereinbar mit der Neutralität und Unverletzlichkeit dieser Zone. Dies bleibt der oberste Grundsatz der englischen Politik, und unter diesem Gesichtspunkte werden die Ereignisse in Tanger betrachtet.

Die in der Nacht erfolgte Räumung Tazas durch Frauen und Kinder ist nach Tangerer Meldungen, die Folge zunehmender Verschlechterung der Lage an diesem Frontsektor, und des immer weiter um sich greifenden Abfalls der Stämme. Im Westen stehen die Rifleute nun unmittelbar vor Fez.

*

Französische Kriegsrüstungen.

Paris, 8. Juli. Gestern nachmittag erörterte der Senat den Bau von Schiffseinheiten nach den Schiffsbauprogramm für 1926. Es handelt sich um den Bau eines leichten Kreuzers, dreier Torpedoboote, dreier Torpedobootszerstörer sieben U-Boote, zweier Minensucher, eines Minenlegers und eines Flugzeugmutterschiffes. Die Kosten belaufen sich dafür im Jahre 1925 auf 35 Millionen Frank, für 1926 auf 203 Millionen, 1927 auf 299 Millionen, 1928 auf 206 Millionen und 1929 auf 90 Millionen Frank.

*

Kabinettssitzung in London.

London, 8. Juli. Gestern abend fand eine besondere Kabinettssitzung statt, an der auch Lord Reading teilnahm. Zur Besprechung kamen marokkanische und chinesische Angelegenheiten. Die Regierung ist bemüht, Verhandlungen einzuleiten.

*

Polen lehnt das deutsche Angebot ab.

Berlin, 8. Juli. Die Berliner Polnische Gesandtschaft hat gestern vormittag dem Auswärtigen Amt die Antwort der polnischen Delegation auf die letzten deutschen Vorschläge überreicht. **Die Polen lehnen das von Deutschland gemachte Angebot, das bekanntlich sehr weit ging, ab und bestehen auf ihren Forderungen, also auf die Einführung von 350 000 Tonnen Kohle pro Monat aus Oberschlesien bei Einfuhr gewisser Fleischmengen.** Sie bieten grundsätzlich die Meistbegünstigung. — Die deutschen amtlichen Stellen sind augenblicklich mit der Prüfung der Note beschäftigt. Sie sehen vorläufig keine Möglichkeit, auf der Basis der polnischen Antwort zu weiteren Verhandlungen über ein Provisorium zu kommen.

Die Agrarzolldebatte.

Die Arbeiten im Agrarzollausschuß des handelspolitischen Ausschusses des Reichstages sind nunmehr so weit gediehen, daß der Ausschuß dazu übergehen kann, Sachverständige über die grundlegendsten Fragen des ganzen Zollkomplexes zu hören. Nachdem er sich am Montag mit den Fragen der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge beschäftigt hatte, wird der Ausschuß für den Rest der Woche die Fragen der Intensitätssteigerung, der gegenwärtigen Belastung der Landwirtschaft, über die soziale Wirkung der Zölle und schließlich Fragen der Handelsbilanz und der Zolltechnik in Arbeit nehmen. Inzwischen ist in breitester Form, insbesondere seitens der Wissenschaft, die Debatte in Wort und Schrift vor aller Oeffentlichkeit weitergeführt worden. Im Mittelpunkt der ganzen Auseinandersetzungen stand die seitens der Opposition in den Kampf geworfene Behauptung, daß es sich bei den Agrarzöllen in erster Linie darum handle, dem Großgrundbesitz ein erneutes Geschenk zu überweisen. Man ging sogar so weit, den bäuerlichen Betrieb gegen den Großgrundbesitz aufzuhetzen mit der Begründung, daß die Interessen des breiten Bauernstandes in der Zollvorlage nicht berücksichtigt worden seien. Ferner wird behauptet, daß dieser Zollschutz in erster Linie von den Konsumenten selbst getragen werden müsse, da eine erhebliche Steigerung der Lebensmittelpreise die unausbleibliche Folge sein würde.

Es handelt sich daher wohl in erster Linie darum, wie sich der gesamte deutsche Grundbesitz zu diesen Zöllen selbst stellt und weiter, wie sich die Zölle für die fernere Zukunft auf dem Gebiete der Erzeugung und des Absatzes auswirken. Da ist zu sagen, daß die rein psychologische Einstellung der Landwirtschaft den Agrarzöllen gegenüber nur die günstigste ist. Man ist sich klar darüber, daß die Landwirtschaft mehr denn je in der Lage sein wird, durch vermehrte Mechanisierung des landwirtschaftlichen Betriebes die Produktion zu steigern und so einen gewissen Prozentsatz der bisherigen ausländischen Einfuhr abzulösen. Daß tatsächlich hierfür die besten Grundlagen vorhanden sind, das geht schon aus der Darstellung hervor, daß die deutsche Industrie vor dem Kriege zwei Drittel ihrer Erzeugung auf dem deutschen Binnenmarkte abgesetzt hat. Von dieser Quote allein hat die deutsche Landwirtschaft 50 Prozent der deutschen industriellen Produktion übernommen. Es handelt sich hierbei aber nicht nur allein um die Feststellung, daß die landwirtschaftliche Produktion gehoben wird und Deutschland zu einem gewissen Teile von der ausländischen Einfuhr unabhängig wird, sondern es handelt sich in weiterer Folge darum, hervorzuheben, welche rein volkswirtschaftlichen Vorteile diese Produktionssteigerung mit sich bringt. Steht doch mit der Vergrößerung der Anbauflächen, mit der vermehrten Heranziehung industrieller landwirtschaftlicher Hilfsmittel eine nicht unbedeutende Vergrößerung und Intensivung der landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen in unmittelbarem Zusammenhange. Die Folge wird sein, daß in erhöhtem Maße landwirtschaftliche Hilfskräfte aufs Land gezogen werden müssen. Neue Unterkunftsmöglichkeiten müssen diesen Kräften geboten werden. Belebung der Bautätigkeit auf dem Lande ist die weitere Folge. Der wichtigste Punkt in dieser Beziehung wird jedoch der sein, daß die Arbeitslosigkeit in einem nicht unerheblichem Umfange nachlassen wird. Eine derart durchgeführte Intensivierung der Landwirtschaft, aufgebaut auf den Grundregeln des Zollgesetzes mit den hier skizzierten Folgeerscheinungen, würde selbst im schlimmsten Falle, wenn es wirklich Tatsache werden sollte, eine enwaige Erhöhung der Lebensmittelpreise rechtfertigen. Auch hierin liegt zu einem nicht geringen Teile der sittliche Wert der Zollvorlage begründet.

Ging man bei Ausarbeitung der Zollvorlage von dem Gedankengange aus, in erster Linie die landwirtschaftliche Produktion zu heben, so war hierfür die Gefahr anregend, die aus dem Umstande der vermehrten überseeischen Anbauflächen entsprang. Trotz des Ausfalls Rußlands beträgt die überseeische Produktion, insbesondere die Canadas und Argentiniens, heute mehr als im Frieden. Hauptsächlich Argentinien ist geradezu auf Gedeih und Verderb auf die Ausfuhr von Getreide und Vieh angewiesen. Angesichts der Wirtschaftspolitik des Auslandes kann aber auch von einer Prohibitivpolitik Deutschlands nicht die Rede sein. Es handelt sich für Deutschland darum, dem Auslande gegenüber, das Deutschland geradezu mit einem Zollcordon umgeben hat, sich gegen die daraus sich ergebenden volkswirtschaftlichen Gefahren durch Aufrichtung einer gleichen Zollmauer zu schützen. Die Verpflichtungen, die Deutschland aus dem Dawesplan erstanden sind, sind hierfür letzten Endes mit richtunggebend gewesen. Bei der Beurteilung dieser für das gesamte deutsche Volk so äußerst schicksalsschweren Fragen ist es unbedingt notwendig, daß die psychologischen und sachlichen Rücksichten denen wissenschaftlicher Art vorangesetzt werden.

Die Washingtoner Schuldenkonferenz im August.

London, 8. Juli. Reuter meldet aus Washington, daß im nächsten Monat dort eine Schuldenkonferenz stattfinden werde, an der Vertreter von Frankreich, Belgien und Italien teilnehmen werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919250708-18/fragment/page=0001

Enthüllungen des früheren Berliner Polizeipräsidenten Richter.

Eine tränenreiche Beichte. — Ein Meineid Heilmanns?

Im Untersuchungsausschuß der Barmat-Kutisker-Affäre im Preußischen Landtag kam es am Dienstag zu einem Nervenzusammenbruch des früheren Polizeipräsidenten Richter. Wie viele andere Zeugen, mußte er am Dienstag nochmals vor dem Ausschuß zur Vereidigung auf seine früheren Aussagen erscheinen. Richter erklärte nunmehr unter großer Bewegung, daß er genötigt sei, auf den ganzen Fragenkomplex vor seiner Vereidigung nochmals zurückzukommen. Er beabsichtige, auf

rein persönliche und private Beziehungen zu Barmat

einzugehen. Er halte es für seine Pflicht, seine früheren Aussagen zu ergänzen, ersuche aber den Ausschuß um nichtöffentliche Verhandlung. Der Ausschuß beschloß gemäß dem Wunsche des Polizeipräsidenten. In einer späteren Geschäftsordnungsberatung kam dann der Ausschuß zu der Ueberzeugung, daß

die Aussagen Richters eine wichtige Ergänzung

zu seinen früheren öffentlichen Aussagen darstellen und deshalb, obwohl sie in nichtöffentlicher Sitzung getan seien, nicht als vertraulich betrachtet werden dürften.

In der Geheimsitzung machte Richter ausführliche Darlegungen über die Intimität der Freundschaft, die ihn mit Barmat verbunden habe. Zur großen Ueberraschung des Ausschusses liefen ihm dabei die Tränen über die Wangen, und schließlich

brach er in konvulsivisches Schluchzen aus,

das seine Worte vollkommen unverständlich machte. Der Polizeipräsident erlebte einen so starken Nervenzusammenbruch, daß die Sitzung ungefähr eine Viertelstunde ausgesetzt werden mußte. Unter dem Zuspruch seiner Freunde, des Abgeordneten Kuttner und der Abgeordneten Frau Wegscheider-Ziegler, erholte er sich dann allmählich und konnte einigermaßen zusammenhängende Aussagen machen. Er erklärte seinen Zusammenbruch damit, daß ihm in dem Augenblick, als er gesprochen habe, die

Erinnerung an die früheren schönen Zeiten

wiedergekommen sei. Gleichzeitig habe es ihn belastet, daß er einmal davon gesprochen habe, Barmat simuliere seine Krankheit, während er sich jetzt davon überzeugt habe, daß Julius Barmat ein sehr kranker Mann sei.

Ziemlich unumwunden bekannte nun der Polizeipräsident, daß er sehr erhebliche Geldzuwendungen bei den verschiedensten Gelegenheiten von Barmat erhalten habe. Er erklärte das damit, daß sein Gehalt als Berliner Polizeipräsident nicht ausgereicht habe, seine Verpflichtungen gegenüber seiner Familie und seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Barmat habe ihm deshalb u. a. einmal mit seiner Familie die Möglichkeit eines Badeaufenthaltes an der See verschafft. Bei einer anderen Gelegenheit habe Barmat seiner Tochter mehrere Geburtstagsgeschenke gemacht. Das kostbarste Geschenk seien 500 Goldmark gewesen. Seine ausgedehnten Reisen mit Barmat hätte er von seinem Gehalt als Polizeipräsident niemals bestreiten können. Der kostspielige Aufenthalt in Holland sei auch stets von Barmat bestritten worden.

Der Polizeipräsident verbreitet sich dann ausführlicher über die Aktienkäufe. Er erklärt wiederholt, daß er genaue Zahlenangaben nicht machen könne. Seine früheren Aussagen müsse er dahin ergänzen, daß Barmat für ihn nicht nur die Dema-Aktien, sondern auch Aktien des Norddeutschen Lloyd und der Hamburger Elekfrizitätswerke beschafft habe.

Es handelte sich um wertvolle Aktien.

deren Beschaffungskosten er nicht angeben könne. Der frühere Polizeipräsident erwähnte dann noch eine ganze Anzahl von Geldern und solchen Geschenken, die er bei dem freundschaftlichen Verkehr mit Barmat erhalten hat: Wertangaben kann er aber nicht machen. Der Polizeipräsident hat im Auftrage Barmats auch Geschenke besorgt, die dieser seinen Freunden nach der Rückkehr von seinen Reisen zuleitete.

Im Ausschuß erregt es große Aufmerksamkeit, daß darunter auch einmal ein Geschenk für Heilmann gewesen ist, der bekanntlich unter Eid erklärt hat, daß er niemals Geschenke entgegengenommen habe.

Der Generalstaatsanwalt für Haftentlassung Kutiskers.

Generalstaatsanwalt Lindow hat dem Haftentlassungsantrag der Verteidiger Kutiskers gegen eine Kaution von 300 000 Mark zugestimmt. Untersuchungsrichter Dr. Schneider, als auch die Beschwerdekammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bernau haben den Haftentlassungsantrag abgelehnt. Die Verteidiger haben hiergegen eine weitere Beschwerde bei dem Strafsenat beim Kammergericht eingelegt, der als höchste richterliche Instanz in den nächsten Tagen über die Beschwerde entscheiden wird.

Der Handel mit Frankreich.

Verlängerung des Provisoriums bis 15 September.

Paris, 7. Juli. Nach der heute vormittag stattgehabten Unterredung zwischen Staatssekretär Dr. Trendelenburg und Handelsminister Chaumet ist folgendes gemeinschaftliche Kommunique veröffentlicht worden:

„Die Führer der deutschen und französischen Wirtschaftsdelegation haben, wie vorgesehen, heute eine Besprechung, um die Frage zu studieren, wie während der Vertagung der Verhandlungen die Verbindung aufrechterhalten werden soll. **Es wurde beschlossen, daß sich die beiden Delegationsführer am 15. September zur Prüfung der Lage wieder zusammenfinden und daß die am 28. Februar getroffene Abmachung erneuert wird,** nach der beiderseits die Verpflichtung übernommen wird, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland nicht durch ausschließlich oder besonders gegen das andere Land gerichtete Maßnahmen zu stören und nötigenfalls Beschwerden wegen der Handhabung der Ein- und Ausfuhrverbote und Anträge auf Ein- und Ausfuhrbewilligung wohlwollend zu prüfen, da es für notwendig gehalten wurde, schon jetzt einige Punkte festzulegen, die am 15. September von den beiden Delegationsführern geprüft werden sollen.

*

Handelsminister Chaumet erklärte am Dienstag abend den französischen Pressevertretern über die Unterbrechung der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen: „Wir haben das Menschenmögliche versucht, um rasch zu einem praktischen Ergebnis zu kommen. Der gute Wille der deutschen Unterhändler kann nicht bezweifelt werden, aber sie wurden behindert durch Forderungen gewisser Industrieller und Landwirte. Andererseits haben wir nicht die Industrie unseres Landes opfern können. So haben es die verschiedenartigen Interessen unmöglich gemacht, vor der Beendigung der Parlamentssession, wie man es wünschte, zu einem Abschluß zu gelangen. Unter diesen Umständen habe es die deutsche Delegation vorgezogen, die Verhandlungen zu unterbrechen.

*

Die deutsche Wirtschaftsdelegation in Paris hat der französischen Presse folgende Erklärung übermittelt:

Die deutsche Delegation bedauert, daß die seit neun Monaten geführten Verhandlungen nicht so zeitig zum Abschluß gekommen sind, daß die Ratifizierung eines Abkommens durch die Parlamente der beiden Länder ermöglicht werden konnte. Wie ein am 14. Juni durch das französische Handelsministerium veröffentlichtes Kommunique festgestellt hat, glaubt die deutsche Delegation, daß die von Frankreich für die hauptsächlichsten deutschen Exportmittel gemachten Konzessionen (Chemikalien, Maschinenartikel, Kleineisenprodukte, optische Erzeugnisse, elektrische Artikel, Lederwaren, Keramik und Spielwaren) nicht ausreichend sind, um das Gleichgewicht herzustellen, das eine Grundlage für das Handelsabkommen hätte ergeben können. Andererseits hat die französische Wirtschaftsdelegation die von Deutschland gemachten Vorschläge, namentlich was Wein, Woll- und Baumwollgewebe anbetrifft, für ungenügend erklärt. Es ergibt sich also daraus, daß die zwischen den beiden Delegationen entstandenen Meinungsverschiedenheiten auf wirtschaftlichem Gebiete liegen. **Keinen Augenblick dagegen haben in der Diskussion politische Fragen eine Rolle gespielt** und in irgendeiner Weise die von der deutschen Regierung eingenommene Haltung beeinflußt. Die in den letzten Tagen hierüber gemachten Bemerkungen entbehren also jeder Grundlage.

*

Das durchkreuzte Rückspiel Briands.

Berlin, 7. Juli. Nach einer Meldung aus Paris erklärt der „Temps" daß die Grundlinien der Deutschen Volkspartei zum Sicherheitspakt nicht die geringste Aussicht hätten, angenommen zu werden. Dr. Stresemann müsse zu der Einsicht kommen, daß ein solches Doppelspiel nicht länger fortgesetzt werden könne.

Dazu schreibt die „Tägliche Rundschau": Das Pariser Blatt gefällt sich hier in einer völligen Verdrehung der Lage. Von seiten der deutschen Regierung ist niemals etwas anderes in Aussicht genommen und vorgelegt worden als die ursprünglichen Anregungen, wie sie in dem deutschen Memorandum enthalten sind. Die deutsche Regierung ist nicht verantwortlich für die Briandnote. Sie hält an den Grundlinien des Memorandums fest, und es gehört eine ganz eigenartige Geistesverfassung dazu, darin ein Doppelspiel sehen zu wollen. Die Richtlinien, die die Deutsche Volkspartei veröffentlicht hat, gehen nicht auf den Reichsaußenminister zurück. Sie sind aber ein Niederschlag der Auffassung, die wohl im wesentlichen von allen deutschen Parteien geteilt werden könnte.

Wenn die französische Presse durch diese Grundlinien erregt wird, so ist das verständlich, denn die Grundlinien durchkreuzen den französischen Versuch, die Briandnote als Verhandlungsbasis vorzuschieben.

Sie stellen die deutschen Anregungen wieder in den Vordergrund und lehnen die Verzerrung ab, die das deutsche Memorandum durch die französische Note erfahren hat.

Keine Plenaraussprache vor Absendung der Note.

Berlin, 8. Juli. Gestern abend hat im Reichstag eine Besprechung des Reichskanzlers mit den Führern der hinter der Regierung stehenden Reichstagsfraktionen stattgefunden. Im Mittelpunkt der Aussprache stand die Frage des Termins der Plenardebatte über die Außenpolitik. Wie wir erfahren, ist zwischen den Regierungsfraktionen eine Einigung erzielt worden. Man rechnet in parlamentarischen Kreisen damit, daß es bei den bisherigen Vorschlägen des Reichskanzlers bleibt, wonach die Plenardebatte erst nach der Absendung der für Ende der Woche in Aussicht gestellten Zwischennote der deutschen Regierung an Briand stattfinden soll.

Endgültige Dispositionen über das weitere Arbeitsprogramm des Reichstages werden heute vom Aeltestenrat getroffen werden. Mit einer Verlängerung der Sitzungsdauer vom 18. Juli auf den 25. Juli dürfte zu rechnen sein.

*

Die Auskunftspflicht der Länder.

Der Steuerausschuß des Reichstages nahm zum Finanzausgleich folgenden Antrag nach ausgedehnter Aussprache sprache an:

Die Landesregierungen und die Behörden der Gemeinden haben zum Zwecke der

Herstellung der Einnahme-Uebersichten die Eingänge der ihnen überwiesenen Reichssteuern, der Landessteuern, Gemeindesteuern und sonstigen Abgaben monatlich aufzurechnen und dem Reichsminister der Finanzen oder den von ihm beauftragten Behörden laufend mitzuteilen. Der Reichsfinanzminister ist auch berechtigt, von den Landesregierungen und den Behörden der Gemeinden Auskünfte über die Einnahmen und die Ausgaben der Länder und der Gemeinden, insbesondere die Beantwortung von Fragebogen, aber lediglich zu Zwecken der statistischen Bearbeitung, sowie Einsicht in die Haushaltspläne und die Jahresrechnungen alljährlich zu verlangen. Diese Mitteilungen und Auskünfte müssen mit der Versicherung der Richtigkeit und der Vollständigkeit versehen sein. Landesbeamte und Gemeindebeamte, die unter dieser Versicherung unrichtige oder unvollständige Mitteilungen oder Auskünfte geben, machen sich der Verletzung einer Amtspflicht schuldig.

„Wir sind die Fakultät . . ."

Im Agrarausschuß, dessen Einrichtung bekanntlich das Ziel verfolgt, die Zollvorlage zu verschleppen, fragte der Abgeordnete des bayrischen Landtages Schlittenbauer (B.Vp.), wie lange

der Streit der Professoren

noch andauern solle, ohne daß die Praktiker zu Worte kämen. Es müsse zunächst das Getreide geschützt werden. Zu dieser Auffassung sei nach langen Erwägungen auch Italien gekommen. Die Zölle für Getreide seien zwar kein Allheilmittel, sicher aber ein Mittel, um die gefährliche Auslandskonkurrenz abzuwehren.

Die Sachverständigen im Falle Höfle.

Gestern kamen im Höfle-Ausschuß des Landtages zwei Sachverständige zum Worte. Prof. Dr. Lewin lehnt die Annahme der Selbstvergiftung bei Dr. Höfle strikt ab. Im weiteren Verlauf der Sitzung erstattet Professor Dr. Joachimoglu sein Gegengutachten. Er stellt im Falle Höfle eine kombinierte Vergiftung von Luminal und Pantopon fest. Wenn im Lazarett vorschriftsmäßig gehandelt worden wäre und die bestehenden ministeriellen Anordnungen rechtzeitig angewendet worden wären, hätte es einen Fall Höfle nicht gegeben.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch statt.

Vorzugsrente für Bedürftige.

Berlin, 7. Juli. Im Aufwertungsausschuß des Reichstages entwickelte sich eine lebhafte Debatte bei der Beratung des Kapitels „Vorzugsrenten beim Auslosungsrecht". Das Gesetz sieht hier für Bedürftige vor, daß ihnen eine Vorzugsrente gewährt werden darf, die 40 Prozent des Nennwertes ihrer Forderungen und insgesamt 800 Mk. im Jahre nicht übersteigen darf. Zu den zusammenfassenden Vorschriften des Gesetzes wird ein Betrag von 150 Millionen Mark eingesetzt werden, mit denen die bedürftigen Reichsangehörigen, die Altbesitzer von Anleihen (auch Kriegsanleihe) im Betrage bis zu 1000 Mk. so abgefunden werden sollen, daß sie für je 100 Mark 15 Mark erhalten werden. Der Rest soll für das Auslosungsrecht öffentlich-rechtlicher Körperschaften verwendet werden. Damit war die zweite Lesung des Anleiheaufwertungsgesetzes beendet und der Ausschuß vertagte sich auf Mittwoch.

Politische Rundschau

Aenderung des bayerischen Wahlrechtes.

Der bayerische Landtag hat in namentlicher Abstimmung den Gesetzentwurf über die Abänderung des Landeswahlgesetzes mit 90 gegen 8 Stimmen der freien Vereinigung und Kommunisten angenommen.

Keine Auflösung des sächsischen Landtages.

Die 23 Rechtssozialisten des sächsischen Landtages haben beschlossen, dem Antrag des linken Flügels der sozialdemokratischen Fraktion auf Auflösung des Landtages nicht zuzustimmen. Demnach dürfte der Auflösungsantrag durch die Koalitionspartei abgelehnt werden.

Begnadigung Zeigners.

Das sächsische Justizministerium will den ehemaligen Ministerpräsidenten Zeigner Ende August mit bedingter Begnadigung auf freien Fuß setzen. Zeigner hat dann die Hälfte seiner Strafe verbüßt. Im Justizministerium ist nicht davon ausgegangen worden, daß die tatsächliche Feststellung des Landesgerichtes unrichtig wäre. Ebensowenig nahm das Ministerium an, daß die damals festgesetzte Strafe zu hoch gewesen sei.

Südafrikanische Aufträge für Deutschland.

Der Stadtrat von Kapstadt hat deutschen und tschechoslowakischen Firmen einen größeren Auftrag von nahezu einer halben Million Pfund für eiserne Röhren erteilt, die zum Ausbau der Wasseranlagen Kapstadts dienen sollen. Ein britisches Angebot stellte sich um 45 000 Pfund höher.

Rückkehr Krassins nach Paris.

Der Sowjetgesandte Krassin ist gestern in Paris angekommen und hat die Geschäfte sofort wieder übernommen.

Aus Stadt und Umgebung

Aus der Provinzialsynode.

Dienstag war der Tag der großen Berichte der evangelischen Organisationen in unserer Provinz: evang. Bund, Gustav-Adolf-Verein, Innere Mission. Interessante und erhebende Einblicke können da die Synodalen tun in ein reges christliches Arbeiten, freilich auch in tiefe Nöte. Manchem wird vieles von dem dort Gehörtem neu gewesen sein. Der evangelische Bund hat eine schwere Verteidigungsstellung, überall in der Provinz ist die römische Kirche im **Vorwärtsschreiten,** sie hat jetzt die Mittel und die Arbeitskräfte. Noch viel zu wenig ahnen die meisten Evangelischen von der Größe der Gefahr, nicht ernst genug kann gewarnt werden: seid auf der Hut und wahret eure heiligen Güter! Der Gustav-Adolf-Verein sucht die verstreuten Evangelischen zu sammeln und kirchlich zu versorgen. Ergreifende Bilder zeichnete der Berichterstatter Prof. Dr. Feine von der Not der Evangelischen auf dem Eichsfelde, aber auch von ihrer vorbildlichen Glaubenstreue. Die Einweihung der evangelischen Kirche in Berniterode ist ein großes Volksfest im besten Sinne des Wortes gewesen. — Die Innere Mission hilft allen Bedrängten an Leib und Seele. Die großen Anstalten der christlichen Liebestätigkeit aber haben durch den Krieg und die Inflation schwer gelitten, es gilt Neues aufzubauen. Die Diakonissenhäuser rufen dringend nach jungen Mädchen, die Lust und Liebe für diesen schönen Beruf haben. An einem einzigen Tage mußte ein Diakonissenhaus 41 Gesuche um Schwestern ablehnen, so groß ist der Mangel an Schwestern! — Die Alkoholgefahr wurde ernst dargestellt und alle Christen zur Mithilfe aufgerufen.

Drei Stunden waren über solchen wichtigen Reden vergangen, aber die Tagesordnung war um 7 Uhr abends nur zum kleinen Teil erledigt. Der Stoff ist zu reich. Wohl könnte sich mancher Redner kürzer fassen. Aber der Präses warnt und mahnt vergebens. Die Tagesordnung muß schließlich abgebrochen werden, nachdem auch noch eine längere Geschäftsordnungsdebatte viel Zeit genommen hatte.

Donnerstag Mittag hofft der Präses die Synode schließen zu können. Mittwoch ist vormittag und nachmittag Sitzung. Am Donnerstag beginnt dieselbe um 9 Uhr. Hoffentlich gelingt es, bis 12 Uhr alles zu bewältigen!

*

Die Gerichtsferien.

beginnen am 15. Juli und dauern bis zum 15. September. Während dieser Zeit ist die Rechtsprechung keineswegs vollständig unterbrochen. Es werden vielmehr nur in den sogenannten Ferien**sachen**, die keinerlei Aufschub erfahren, Termine abgehalten und Entscheidungen erlassen. **Die** Strafsachen gehören sämtlich zu den Ferien**sachen**. In der Zivilrechtspflege sind u. a. Ferien**sachen**: Arrest**sachen** und die eine einstweilige Verfügung betreffenden Sachen, Meß- und Marktsachen, Streitigkeiten zwischen Mietern und Vermietern, Wechselsachen, Bausachen, wenn über Fortsetzung eines angefangenen Baues gestritten wird, Mahn- und Konkurssachen, Handelsregistersachen, gerichtliche Beurkundungen, Streitigkeiten über Störungen des Betriebs elektrischer Anlagen u. a. m. Das Gericht kann aber auf Antrag der Parteien auch andere Sachen, soweit sie einer besonderen Beschleunigung bedürfen, als Ferien**sache** erklären. Gegen eine Ablehnung steht der Weg der Beschwerde bei der höheren Instanz offen. Auf den Gerichtsschreibereien wird Auskunft über die während der Gerichtsferien zu behandelnden Sachen erteilt. Die Kaufmanns- und Gewerbegerichte halten keine Ferien ab. In Orten, wo derartige Gerichte nicht bestehen, vielmehr die Amtsgerichte zuständig sind, gehören die Kaufmanns- und Gewerbegerichts**sachen** zu den Ferien**sachen**.

*

Um die Kirchensteuer.

Man bringt der Kirchensteuer bei der in diesen Wochen stattfindenden Einziehung mehr Interesse entgegen als sonst üblich war. Ein wesentlicher Grund dafür liegt darin, daß man die Kirchensteuer als recht hoch empfindet und darauf

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919250708-18/fragment/page=0002

verweist, daß man doch früher weniger gezahlt habe. Das kommt aber daher, daß die Kirche verarmt ist und die Erträge aus Vermögen, Stiftungen und Vermächtnissen zu nichts zusammengeschrumpft sind. Die staatlichen Beihilfen sind bescheiden. Allerwärts werden Reparaturen, an manchen Orten auch Neubauten nötig. So erklärt sich, daß das Steuerverhältnis zu früher ein ganz anderes ist.

Doch auch über die Art der Einschätzung der Kirchensteuer wird geklagt. Die Grundlagen für die Veranlagung sind vom Reichsfinanzminister für die Lohnsteuerpflichtigen in Form von Pauschalbeträgen für die einzelnen Berufsklassen gegeben. Die Kirchengemeinde muß nach dieser Verordnung verfahren. Daß mit dieser Art der Veranlagung vielfach nicht jeder seinem tatsächlichen Einkommen entsprechend behandelt werden kann, sondern eingeschätzt werden muß, läßt sich nicht vermeiden, vor allen Dingen in größeren Gemeinden nicht, während kleinere Gemeinden wegen der Uebersichtlichkeit der Verhältnisse in diesem Punkte eher Gelegenheit haben, gewisse Ausgleiche zu schaffen. Die Veranlagung kann berichtigt werden, wenn sie begründet ist. Die Anträge bedürfen genauer Begründung durch schriftliche Unterlagen, sonst sind sie wertlos.

Der Vorschlag, die Kirchensteuer in kleineren Raten und öfter einzuziehen, läßt sich aus technischen Gründen nyd wegen der Verteuerung der Verwaltungsgebühren nicht durchführen. Begründeten Anträgen auf ratenweise Abführung oder Stundung wird nach Möglichkeit stattgegeben.

Es ist zu wünschen, daß am Schlusse jedes Steuerjahres der Einzelne wie in der Vorkriegszeit wieder auf Grund seines Einkommens veranlagt wird; dann erst werden die Klagen nachlassen. Zurzeit muß das bestehende Veranlagungssystem mit seinen Schwächen, an denen die Kirche schuldlos ist, getragen werden.

•

Der Dank der Provinzialsynode. Gestern abend fand in den Räumen des Ständehauses eine gesellige Zusammenkunft der Mitglieder der Provinzialsynode statt, zu der als Vertreter der Stadt Bürgermeister Dr. Mosebach geladen war. Bei dieser Gelegenheit sprach der Vorsitzende der Provinzialsynode, Landrat a. D. D. Winckler namens der Synode den Dank an die Merseburger Bürgerschaft für die gastfreundliche Aufnahme und reibungslose Unterbringung der Synodalen in Merseburg aus und bat, diesen Dank der Merseburger Bürgerschaft zu übermitteln.

Kommunale Realsteuerzuschläge. Der Wirtschaftsverband Mitteldeutschland hat kürzlich an den preußischen Minister des Innern und den preußischen Finanzminister eine Eingabe betr. die Bewilligung der kommunalen Realsteuerzuschläge gerichtet. Die Eingabe begrüßt den seitens des Ministers des Innern und der Finanzen herausgegebenen Erlaß, der die Anweisung enthält, daß die kommunalen Aufsichtsbehörden bei der Bewilligung der Zuschläge die Notwendigkeit der Höhe derselben genau zu prüfen und die Genehmigung nur dann zu erteilen haben, wenn sie durch unbedingt notwendige Ausgaben innerlich gerechtfertigt und wirtschaftlich tragbar ist. Die Aufsichtsbehörden ihrerseits sind gebeten worden, auf die notwendige Sparsamkeit bei den Gemeindebehörden und auf eine Begrenzung der hohen Realsteuerzuschläge hinzuwirken.

Umlegungsverfahren. Zur Umlegung von Grundstücken für das Gelände zwischen Güterbahnhof, Feldschlößchenweg und Feldschlößchen in Merseburg ist eine Kommission gebildet worden, die sich wie folgt zusammensetzt: 1. Regierungs- und Baurat Dr. Prager, Vorsitzender, Regierung, Merseburg; 2. Regierungsrat Freiherr v. Stockmar, Stellvertreter, Regierung, Merseburg; 3. Regierungsbaumeister Stange als Bausachverständiger, Hochbauamt, Merseburg; 4. Rechtsanwalt Erlecke, Merseburg, als Rechtssachverständiger; 5. Landwirt Heucke, Halle S., als Sachverständiger für die Bewertung der Grundstücke; 6. Vermessungsrat Probsthain, Landeskulturamt Merseburg, als geprüfter Landmesser.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Auf Grund neuer Bestimmungen des Regierungspräsidenten werden die Geschäftsstunden an Sonntagen in der Stadt Merseburg wie folgt festgesetzt: Für den Handel mit Bäckerei-, Feinbäckerei- und Konditoreiwaren, sowie für den Betrieb der Speditions- und anderen Geschäftsbetriebe auf 1/2 8 Uhr bis 1/2 10 Uhr vormittags. — In der Zeit vom 1. April bis 30. September ist in derselben Weise der Verkauf von frischem Fleisch und frischen und geräucherten Fischen zulässig. — Für den Handel mit frischen Blumen und Zeitungen auf 1/2 12 bis 1/2 1 Uhr. — Für den Verkauf von Roheis und Milch in festen Verkaufsstellen: auf 1/2 8 bis 1/2 10 Uhr und von 1/2 12 bis 6 Uhr. — An den drei letzten Sonntagen vor Weihnachten, dem Sonntag vor Ostern, dem Sonntag vor Pfingsten, dem Sonntag vor dem Merseburger Kinderfeste: auf 1/2 8 bis 1/2 10 Uhr vorm. und von 12 bis 6 Uhr nachm. — Am Totensonntag für den Handel mit Blumen und Kränzen: auf 1/2 12 bis 2 Uhr. — Für den Verkauf von Obst in Obsthütten, bei Obstpächtern usw. an allen Sonntagen und Festtagen während der Erntezeit: auf 1 bis 6 Uhr nachm. — Um Zweifel zu beheben, wird hierbei bemerkt, daß auch solche Geschäfte, die keine Angestellten beschäftigen, nur in den festgesetzten Geschäftszeiten geöffnet sein dürfen.

Wieder Kettenbriefe! Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Unfug der sogen. Kettenbriefe wieder aufgetaucht ist. Es ist die alte Sache, daß man Glück haben soll, wenn man die Kette fortsetzt, die ein amerikanischer Offizier begonnen hat. Wer einen Brief bekommt, soll ihn 9 Tage lang jeden Morgen abschreiben und an eine andere Adresse weiterschicken; wer den Brief vernichtet, dem wird Unglück verheißen. Es ist eine Tatsache, daß der Aberglaube gerade da sein Unwesen treibt, wo man über Glaubensfragen lächelt, und es ist eigenartig, daß es in dieser „aufgeklärten" Zeit noch soviele gibt, die auf solchen blöden Schwindel hereinfallen. Die Post wird sich natürlich über die vermehrte Tätigkeit für das Kettenbriefschreiben freuen. Es ist bedauerlich, daß in der geldknappen Zeit für unproduktive Dinge Summen ausgeworfen werden, von denen man sich nur einen Begriff machen kann, wenn man einmal nachgerechnet hat, wie die Briefe durch Massenverbreitung Beträge verschlingen, die die Wirtschaft sehr gut gebrauchen könnte. Solche Briefe gehören also in den Ofen!

Gegen Gepäck- und Taschendiebe. Die Pressestelle der Reichsbahndirektion schreibt: Bei Beginn der Hauptreisezeit macht sich das Treiben von Taschen- und Gepäckdieben auf den Verkehrsanlagen der Eisenbahn wieder in unliebsamer Weise bemerkbar. Erfahrungsgemäß wird der starke Verkehr insbesondere auf den Bahnsteigen und in den Zügen selbst von den Dieben ausgenutzt, um ihr unsauberes Gewerbe zu betreiben. Sie gehen in der Regel in der Weise vor, daß sie bei den Ansammlungen von Reisenden vor den Schaltern, vor den Einstiegtüren der D-Züge und in den Gängen dieser Züge plötzlich ein künstliches Gedränge hervorrufen und dabei versuchen, den Herren aus den Brusttaschen des Jaketts die Brieftaschen und den Damen aus den meist sorglos am Arm getragenen Handtaschen die darin befindlichen Geldtäschchen und sonstigen Wertgegenstände zu entwenden. Von der Eisenbahn kann für das Abhandenkommen von Sachen, die die Reisenden im eigenen Gewahrsam haben, keine Haftpflicht übernommen werden.

Brockensammlung, Karlstraße 4. Nur für den Verkauf geöffnet: Mittwoch von 10—12 Uhr vormittags, Sonnabend von 3 bis 5 Uhr nachmittags.

Letzte Depeschen

Eine Erklärung des Reichskanzlers im Auswärtigen Ausschuß.

(Eigene Radiomeldung.)

Berlin, 8. Juli. Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages machte vor Eintritt in die Tagesordnung der Vorsitzende Abgeordneter Hergt (Dtn.) Mitteilung von einem Schreiben des Abgeordneten Müller-Franken (Soz.), in dem unter Hinweis auf die Vorgänge im Plenum am Schlusse der letzten Woche der Wunsch ausgesprochen wird, die Frage zu klären, ob eine außenpolitische Aussprache im Plenum des Reichstages stattfinden solle.

Reichskanzler Dr. Luther erklärte, daß die Reichsregierung vor Absendung der Antwortnote auf die französische Antwort mit dem Auswärtigen Ausschuß in nochmalige Fühlung zu treten beabsichtige. Diese solle erfolgen ,sobald ein Text für die Antwortnote in der Regierung selbst durchberaten sei. Obgleich diese Note nach dem Stande der internationalen Erörterungen des gesamten Problems noch nicht abschließenden Charakter tragen werde, so könnten immerhin wesentliche Vorfragen darin bereits zur praktischen Entscheidung kommen. Die Regierung halte eine Erörterung im Plenum des Reichstages vor Absendung der Note nicht für zweckmäßig, halte dagegen an der Auffassung fest, daß nach der Absendung eine Erörterung im Plenum angezeigt sei. Bei einer Aussprache im Plenum vor der Absendung müsse die Reichsregierung befürchten, daß dann im Laufe der Erörterungen sich ein Eingehen auf die Einzelheiten der Note doch nicht vermeiden lasse, wodurch dann der diplomatische Brauch, derartige Noten vor der Absendung nicht bekannt zu geben, verletzt werden würde. Die auch der Regierung bei der Gesamtlage und der Bedeutung erwünschte parlamentarische Mitwirkung sei ja durch die in Aussicht genommene Fühlungnahme mit dem Auswärtigen Ausschuß gesichert.

Hieran schloß sich eine ausführliche Geschäftsordnungsdebatte, in deren Verlauf der Reichskanzler und der Reichsminister des Auswärtigen wiederholt das Wort nahmen.

Zum Schluß stellte der Vorsitzende, Abgeordneter Hergt, fest, daß er entsprechend den Erklärungen des Herrn Reichskanzlers mit der Regierung im Benehmen bleiben werde, um, sobald die Verhandlungen des Kabinetts über die bevorstehende Antwort zur Sicherheitsfrage dahin gediehen sein würden, eine neue Sitzung des Auswärtigen Ausschusses einzuberufen.

Sitzung des Auswärtigen Ausschusses.

(Eigene Radiomeldung.)

Berlin, 8. Juli. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages trat heute vormittag zu einer außerordentlich stark besuchten Sitzung zusammen. Vom Reichskabinett waren mit dem Reichskanzler Dr. Luther Außenminister Dr. Stresemann, Innenminister Schiele und Reichswehrminister Geßler erschienen. Zahlreiche Vertreter der Länder hatten sich gleichfalls versammelt. Die Ausschußmitglieder selbst waren fast vollzählig vertreten. Auch der Reichstagspräsident Loebe wohnte den Verhandlungen bei. Vor Eintritt in die Tagesordnung fand eine lebhafte Erörterung über die Frage einer politischen Aussprache im Reichstagsplenum statt.

Wetteraussichten. Für das mittlere Norddeutschland: Etwas wärmer, vielfach heiter, vorübergehend stärker bewölkt. — Für ganz Deutschland: Im Osten noch stark wolkig, im Westen vielfach heiter.

•

Tageskalender.

Mittwoch, den 8. Juli. G. D. A. Monatsversammlung abends 8 Uhr „Goldene Kugel".

Freitag, 10. Juli. Werkverein Leuna, Ortsgruppe Rössen, Versammlung in Kantine II, abends 7½ Uhr.

Sonntag, den 12. Juli. Stenographenverein Stolze-Schrey Ausflug nach Bad Kösen (Tanz).

Aus dem Reiche.

Aussperrung im sächsischen Baugewerbe

Dresden, 8. Juli. Im sächsischen Baugewerbe ist der Lohnkampf jetzt voll ausgebrochen. Die Bauarbeiter haben eine Lohnerhöhung von 30 Pfennig auf die bestehenden Sätze gefordert. Da die Arbeitgeber eine derartige 30 prozentige Erhöhung ablehnen mußten und auch die Arbeitnehmer kein Entgegenkommen zeigten, konnte kein Schiedsspruch gefällt werden. Daraufhin traten die Arbeiter an mehreren Stellen in den Streik. Nunmehr hat die Tarifgemeinschaft baugewerblicher Arbeitgeberverbände beschlossen, heute sämtliche Arbeiter des Baugewerbes auszusperren, weil die in Arbeit Stehenden die Streikenden finanziell durch Sonderabgaben an die Gewerkschaftskasse unterstützt hätten. Von der Aussperrung werden rund 60 000 Arbeiter betroffen.

•

Amerikanische und italienische Kriegsschiffe im Kieler Hafen.

Kiel 8. Juli. Heute wird das amerikanische Schlachtschiff „Pittsburg" von Westen durch den Kaiser-Wilhelms-Kanal kommend, im Hafen eintreffen und seine Reise nach Osten fortsetzen. Am Donnerstag werden von der Ostsee kommend drei italienische Zerstörer hier eintreffen und ihre Weiterreise westwärts durch den Kanal antreten.

•

Schwedischer Marinebesuch in Stettin.

Stettin, 8. Juli. Heute mittag treffen 50 Matrosen, einige Offiziere und Deckoffiziere von der Besatzung der vor Swinemünde liegenden schwedischen Torpedobootsflottille mit einem Dampfer in Stettin zu einem eintägigen Besuch ein. Sie sind während dieser Zeit Gäste der Stadt und Kaufmannschaft.

•

Kiel. Der schwedische Flottenbesuch. Die schwedische Flotte ,die sich zu Besuch der Kieler Segelwoche angemeldet hatte, ist in der Kieler Bucht eingetroffen. Das aus etwa 25 Einheiten bestehende Geschwader wurde von einem deutschen Kriegsschiff eingeholt. Dem Wechsel von Salutschüssen folgte eine Reihe von Besuchen an Bord der schwedischen und deutschen Schiffe.

•

Stolp. Pistolenduell mit tödlichem Ausgang. Eine Duellangelegenheit erregt hier großes Aufsehen. Ein Angestellter des Landbundes namens Pohl und ein Landwirt v. Somnitz in Freest, Kreis Stolp, hatten einen Ehrenhandel. Die Affäre wurde durch ein Pistolenduell ausgetragen, das in der Waldkatze bei Stolp stattfand. Dabei fand der Leutnant Pohl durch einen Bauchschuß seinen Tod. Die Leiche ist beschlagnahmt.

Eine englische Note an Spanien.

(Eigene Radiomeldung.)

London, 8. Juli. Die englische Antwort auf die spanische Note über Tanger wird voraussichtlich heute abgesandt werden. Von maßgebender Stelle wird in Abrede gestellt, daß Madrid eine Aenderung der gegenwärtigen Grenzen, wie sie bei der Tangerkonferenz festgelegt sei, verlangt habe. Die Note wird wahrscheinlich klar machen, daß jeder Versuch Abd el Krims, die Neutralität Tangers zu verletzen, in London als unwahrscheinlich angesehen wird. Es sei deshalb nicht nötig, die Polizeitruppen zu verstärken. Eine Beteiligung englischer Kriegsschiffe an der Blockade sei auf Grund der Tangerkonvention sorgfältig nachgeprüft worden.

Die Börsen gegen den Aufwertungsbeschluß.

(Eigene Radiomeldung.)

Berlin, 8. Juli. Die Berliner und die Frankfurter Börse blieben heute geschlossen als Protest gegen den Beschluß des Aufwertungsausschusses des Reichstages, den Neubesitz an Kriegsanleihe nur mit 2½ Prozent aufzuwerten, anstatt der erwarteten 5 Prozent.

Der Prozeß Angerstein.

Limburg, 8. Juli. Der Zuschauerraum ist auch heute schon lange vor Beginn der Verhandlung gefüllt. Angerstein, der bisher den Verhandlungen mit völliger Teilnahmslosigkeit folgte und die ganze Zeit den Kopf in die Hand stützte, spricht heute eine zeitlang mit seinem Verteidiger. Zur heutigen Sitzung sind etwa vierzig Zeugen geladen. In erster Linie handelt es sich dabei um die Angehörigen der Ermordeten und dann um die Personen, die Angerstein am Tage nach der Mordtat in der Stadt besuchten. — Zu Beginn der Verhandlung wird der Vater des ermordeten Gehilfen Geis vernommen.

Die Angehörigen der Opfer Angersteins geben eine Schilderung der letzten Stunden, die sie mit den Ermordeten verlebt haben. Besonderes Aufsehen erregt die Aussage des Gärtners Darr, des Vaters des ermordeten Gehilfen Darr. Dieser erzählt, sein Sohn sei an diesem Morgen nur schwer zu wecken gewesen. Er habe wie in der Hypnose gelegen. Beim Kaffeetrinken schüttelte er dauernd den Kopf und erzählte schließlich, er habe einen furchtbaren Traum gehabt — nichts als Blut und wieder Blut! — Dann ging er zu Angerstein und wurde von diesem erschlagen. — Die anderen Zeugen erzählen, daß Angerstein vielfach von Räubern gesprochen habe, anscheinend um seine Erzählungen vorzubereiten. Angerstein selbst bestreitet dies.

In der fortlaufenden Vernehmung gibt ein Zeuge an, Angersteins Blick habe ihn an den eines Geisteskranken erinnert. Zu zwei anderen Zeugen sagte Angerstein nach der Mordtat, daß es seiner Frau nicht gut gehe und daß sie zu Bett liege. Der Vorsitzende weist den Angeklagten darauf hin, daß seine Frau damals doch schon tot war. Angerstein bestätigt dies. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum er das gesagt habe, erklärt Angerstein, daß er eine befriedigende Erklärung darüber nicht abgeben könne. Mit zwei weiteren Zeugen hat Angerstein mehrere Stunden nach der Tat gesprochen und den beiden von den Leiden seiner Frau erzählt und den Schüssen, die er gehört hätte. Bei diesen Darlegungen beginnt Angerstein zu weinen und erklärt, es täte ihm alles sehr leid. Als der Vorsitzende ihn fragt, was er mit seinen Erzählungen beabsichtigt habe, erklärt er: „Nichts!". — Darauf trat die Mittagspause ein.

Köln. Ein schweres Bootsunglück auf dem Rhein. Auf dem Rhein ereignete sich ein schweres Bootsunglück. In der Nähe des Vororts Marienburg verunglückten sich drei Männer mit Kahnfahren. Sie scheinen plötzlich die Gewalt über den Kahn verloren zu haben, denn das Boot trieb mit voller Wucht gegen die Kante eines im Rhein liegenden Flosses, wobei es umstürzte. Die drei Insassen ertranken.

Aus aller Welt.

Feuerbrunst in Glasgow.

London, 8. Juli. In Glasgow wütete eine ungeheure Feuersbrunst. Das Feuer brach an sechs verschiedenen Stellen aus. Ganze Straßen stehen in Flammen. Hunderte von Familien sind obdachlos.

•

Neue Gluthitze in Amerika.

Newyork, 8. Juli. Seit gestern herrscht in Newyork wieder große Hitze. Die Temperatur ist auf 86 Grad Fahrenheit gestiegen. Es sind bereits wieder Todesfälle zu verzeichnen.

•

— **Sieben Personen bei einem Autounfall getötet.** Zehn Kilometer vom Bahnhof von Siena (Italien) entfernt, hat eine Lokomotive, die von der Reparaturwerkstätte nach dem Depot fuhr, einen Autobus überfahren, dessen Insassen 70 Meter weit mitgeschleift wurden. Sieben Personen wurden getötet und zwei verletzt.

— **Verhängnisvolle Autofahrt.** Kaum hat sich die Erregung über das furchtbare Unglück in Oltenzia, dem 15 Schulmädchen zum Opfer fielen, etwas gelegt, so kommt die Kunde von einer neuen Katastrophe, die sich in der Nähe der bessarabischen Stadt Dulesi ereignete. Die Vorsteherin einer Volksmädchenschule aus Kischinew veranstaltete mit drei Lehrerinnen einen Schülerinnenausflug in die Umgebung mit dem Autobus. Die übervoll besetzte Maschine fuhr mit großer Geschwindigkeit einen Abhang herunter, als der Führer plötzlich die Gewalt über das Steuer verlor. Der Wagen sauste herab, überschlug sich, sämtliche Ausflügler unter sich begrabend. Die zum Teil schwer verletzten Kinder wurden in die Krankenhäuser Kischinews überführt. Bei den meisten der Verwundeten zweifelt man an dem Wiederaufkommen. Sofort tot waren vier Schülerinnen sowie eine der Lehrerinnen mit ihrem vierjährigen Söhnlein. Die Direktorin ist durch den Schrecken wahnsinnig geworden und mußte in eine Irrenanstalt gebracht werden.

Stadttheater Halle.

Mittwoch, 8 Uhr. Wer weint um Zuckenack? Tragikomödie in drei Aufzügen von Hans J. Rehfisch.

Donnerstag, 8 Uhr. Die Frau ohne Kuß. Musikalisches Lustspiel in drei Akten von R. Keßler. Musik v. W. Kollo.

Freitag, 8 Uhr. Liebe. Eine Tragödie von Anton Wildgans.

Herausgeber: Ludwig Balz.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil einschl. der Bilderbeilagen: Karl Zeuch. Sport und Anzeigen: A. Rank. — Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Balz, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919250708-18/fragment/page=0003

Die Geburt einer Tochter
zeigen in dankbarer Freude an

Merseburg, den 6. Juli 1925.

Regierungsbaumeister a. D.
Helmuth Naske
und Frau Theodore geb. Lieber

Am Freitag, den 10. d. Mts., abends 7.30 Uhr
in der **Kantine II Neu-Rössen**

Versammlung

des

Werkvereins Ammoniakwerk Merseburg. Ortsgruppe Rössen.

In unser Handelsregister Abt. B Nr. 52 ist heute bei der Firma **Ammoniakwerk Merseburg**, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Merseburg eingetragen:

Dem Chemiker Dr. Fritz Gajewski und dem Oberingenieur Dr. Hans Sauer, beide in Neurössen ist Prokura erteilt.

Merseburg, den 6. Juli 1925.

Preußisches Amtsgericht.

In unser Handelsregister Abt. B Nr. 48 ist bei der Firma **Deutsche Kaolin-Aktiengesellschaft** in **Spergau** (Kreis Merseburg) heute eingetragen:

Durch Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 21. März 1925 ist das Grundkapital der Gesellschaft auf 200000 Reichsmark zerfallend in 195 Inhaberaktien zum Nennbetrage von je 1000 R.-M., 250 Inhaberaktien zum Nennbetrage von je 20 R.-M. durch Ermäßigung umgestellt. Die Umstellung ist durchgeführt.

Durch den gleichen Beschluß ist laut Notariatsprotokoll vom 2. März 1925 der § 5 des Gesellschaftsvertrages (Grundkapital) abgeändert.

Merseburg, den 20. Juni 1925.

Das Amtsgericht.

Obstverpachtung!

Am **Freitag, den 10. Juli cr.**, soll die diesjährige **Hartobstnutzung** öffentlich gegen Meistgebot in Parzellen an Ort und Stelle verpachtet werden, gegen Barzahlung. Bedingungen im Termin. Sammelplatz **Fischerei-Gasthof in Besta 2 Uhr nachm.**

Rittergut Goddula.

Bekanntmachung.

Der Spergauerweg vom Torplatz bis Ecke Liebigstraße in **Rössen** wird wegen Einbau von Versorgungsleitungen und Kanalisation auf die Dauer von 8 Wochen **für Fuhrwerke gesperrt.**

Rössen, den 6. Juli 1925.

Der Amtsvorsteher.

Obstverpachtung
der Oberförsterei Halle.

Am **Sonnabend, den 18. Juli 1925, nachm. 4 Uhr**, soll im **„Sächsischen Hof"** in **Merseburg (Amtshäuser)** der diesjährige Obstanhang d. Försterei Merseburg öffentlich meistbietend verpachtet werden. Bedingungen im Termin.

Oberförsterei Halle a. S.

Technikum Mittweida

Programm vom Sekretariat des Technikums Mittweida VS.

Erich Schubert,

Bücher-Revisor u. Organisator

Weißenfels a. S., Hohestraße 9. I.

Einrichtung und fortlaufende Führung aller Handelsbücher, Aufstellung von Bilanzen und Verlust- und Gewinnrechnungen.

Ueberwachungen, Revisionen
Zeitgemäße Neu-Organisationen
Steuerberatungen u. Steuererklärung.

Sachgemäße und pünktliche Bearbeitung aller Vertrauensangelegenheiten.

Nach vielen Misserfolgen bin ich endlich von meinem

Rheumatischen Leiden

in überraschend kurzer Zeit befreit worden. Einmal sagte man mir, es sei **Ischias** oder **Hexenschuß**, dann wieder **Gicht** und weiß der Himmel was sonst noch alles. Eins steht jedenfalls fest: **Ich bin das Reißen los und fühle mich wie neu geboren.** Millionen Menschen leiden nun an dieser fürchterlichen Krankheit, doktern herum, verbrauchen Medikamente aller Art, ohne endgültige Heilung zu erlangen.

Aus Dankbarkeit erteile ich kostenlose Auskunft, auf welche Weise mir geholfen wurde. Bitte Freikuvert beifügen.

Walter Jacob, Architekt

Berlin-Cöpenick, Dahlwitzerplatz 7.

Eine vollendet gelungene Symphonie

von Geschmack und Aroma finden Sie im Genuß unserer soeben zur Einführung gelangenden leichten, aber feinen

Adagio-Zigarette

5 Pfg. d. Stck. Prima 10 Pfg. d. Stck.

Daneben empfehlen wir Rauchern, welche eine würzig-aromatische Zigarette bevorzugen, unsere **Salem Aleikum** bekannte und **Salem Gold** Zigarette 4-15 Pfg. das Stück.

Oriental. Tabak- u. Cigarettenfabrik
Yenidze - Inh. Hugo Zietz Dresden

Großer

Saison-Ausverkauf

Besonders günstige Einkaufsgelegenheit
zu **bedeutend herabgesetzten Preisen**
Ich gewähre

10 Prozent Rabatt

auf sämtliche Waren, auch auf **bereits im Preis zurückgesetzte Artikel**

bis zum 15. Juli 1925

Ein Beispiel meiner Leistungsfähigkeit:

Damen Lack-Spange	neues Modell	13,50
Damen Lack-Gitterspange	L. XIV. Absatz	16,50
Damen Lack-Spange	L. XIV. Absatz	16,50
Damen Spange m. Lack	besetzt L. XVI. Absatz	10,00

Einzelpaare ungeachtet des Einkaufspreises radikal im **Preise herabgesetzt.**

Größte Auswahl vom einfachsten bis zum elegantesten Stiefel.

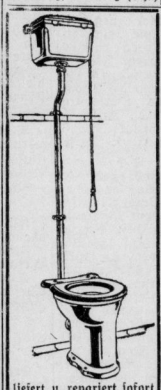
Beachten Sie bitte meine Schaufenster.

Schuhhaus Willy Ehrentraut

Kleine Ritterstraße 15.
Gotthardtstraße 28.

Größtes Spezialgeschäft am Platze.

Existenz- Sof. gesucht tücht. Person
Max Lubitz, Grünberg (Schl.)



liefert u. repariert sofort
Karl Höfer, Markt 8

Von **Freitag, d. 10. Juli** ab, stehen wieder frische Transporte 4—6-jähriger starker

Ermländer, Ostpreußen und Russen

zu günstig. Bedingungen äußerst preiswert zum Verkauf.

Louis Reimann,
Halle a. S.
Landsbergerstraße 65.

Landwirt sucht aus Privathand **älteres gutes**

Arbeitspferd

zu kaufen.
Angebote an **Gasthof „Alte Post" Merseburg.**

Für einzelne Dame freundl. **unmöblierte**

Wohnung

zum 1. 10. 25 gesucht. Offerten unt. 706/25 an die Expedition d. Blattes.

Der **ATA**-Engel ist vergnügt,
Weil seine Arbeit nur so fliegt.
In heller Freude ruft er aus:
„**ATA** gehört in jedes Haus!
ATA putzt und reinigt alles!

Vom Freitag, den 10. d. Mts. empfehle ich einen Transport

Prignitz. Milchvieh, als junge hochtrag. und frischmelkende **Kühe u. Fürsen,** sowie einen Transport **bayrischer Zug-Ochsen** in nur bester Qualität u. billigster Preisstellung

Hermann Heydenreich,

Crumpa bei Mücheln — Telefon 39.

C. A. Klemm, Leipzig.

Neumarkt 26. Fernspr. 22696.

Sprechapparate aller führenden Firmen.

Schallplatten. Ständiges Lager in den neuesten Künstler- u. Tanzplatten.

Denkbar günst. Zahlungsbeding. Versand n. auswärts.

Verlangen Sie bitte Katalog und Preisverzeichnis.

Moor-

bäder echt Schmiedeberger aus Moorerde bereitet ausgezeichnete Heilkraft bei **Frauenkrankheiten, Rheumatismus, Gicht, u. Ischias.**

Johannisbad Merseburg

Gegründet 1904. Fernruf 576
Johannisstraße 10. 1 Minute vom Markt.

Familien nachrichten aus Merseburg und Umgegend.

Geboren: Regier.-Ob.-Sekret. Heßling u. Frau Irene geb. Apel, Querfurt (eine Tochter); Werkmeist. W. Hagel u. Frau, Weißenfels, (einen Sohn).

Gestorben: Frau Klara Heinrich, Oechlitz; Frau Martha Prall geb. Möritz, Querfurt.

In unser Handelsregister Abt. A Nr. 201 ist heute bei der Firma **August Lenz in Reipisch** eingetragen, daß die Firma erloschen ist.

Merseburg, d. 16. Juni 1925.

Das Amtsgericht

Reinen

Bienenhonig

gibt ab
Richard Weinreich,
Remsdorf.

Buhis Erlebnisse und Streiche.

Heute drückt sich Buhi in der Küche herum, stöbert in allen Winkeln und guckt neugierig in jeden Topf. Auf dem Tisch steht er die soeben gebratene Gans stehen. Der schöne Fettglanz tropft allmählich ab und Buhi kann nicht begreifen, warum die Gans in kaltem Zustand nicht ebenso glänzt wie frisch. Dem will er abhelfen, und schnell entschlossen benützt er die kurze Abwesenheit der Köchin, holt die Brillant-Creme Büdo und im Nu erstrahlt die Gans im schönsten Hochglanz. Er wusste eben, dass der Schuhputz Büdo rasch dauerhaften Hochglanz erzeugt, welcher nicht abfärbt.

Für Ihre Schuhe gibt es nichts Besseres, denn Büdo macht das Leder weich und geschmeidig, ist höchst sauber, sparsam und praktisch. Für jeden guten Schuh unentbehrlich. Kaufen Sie deshalb nur Büdo und merken Sie sich:

Büdo Terpentinöl-Creme
immer für die Schuhe nehme

Büdowerk, chem. Fabrik, Schwenningen a. N.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919250708-18/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 157 des Merseburger Tageblattes

Mittwoch den 8. Juli 1925.

Tagung der Provinzialsynode.

Appelle an die Oeffentlichkeit. — Geplante kirchliche Bauten auf dem Eichsfeld. — Mehr Diakonissen. — Mittel für soziale Arbeit.

Die sechste Vollsitzung der Provinzialsynode, die am Dienstag von ½4 Uhr bis 7 Uhr tagte, brachte Aussprachen über die Arbeit der freien kirchlichen Verbände. Nach einander berichteten Vertreter des Evangelischen Bundes, des Gustav-Adolf-Vereins, des Provinzialausschusses für Innere Mission und Männer, die in der praktischen Liebesarbeit stehen. Das wesentliche waren diesmal nicht die gefaßten Beschlüsse, sondern die eindrucksvollen Appelle, die an die Synode und darüber hinaus an das Kirchenvolk unserer Provinz sich richteten.

Für den Evangelischen Bund sprach zunächst Dr. Fey-Zschortau. Er ging aus von der Feier der Heiligsprechung des Canisius, die am Himmelfahrtstag dieses Jahres in Rom unter großem Gepränge vor sich gegangen ist. Auf diese Feier gründete sich die Massenfuggestion, die heute von Rom ausgeht. Die Reliquien des Canisius sollen durch ganz Deutschland gefahren werden. Alles zu dem einen Zweck und Ziel, Deutschland wieder katholisch zu machen. Vieles ist in dieser Beziehung schon erreicht: schon fragt man gelegentlich auf katholischer Seite, wann die erste Pontifikalmesse im Magdeburger Dom gelesen wird. (!) Die Tätigkeit der katholischen Krankenpflege und Charitas stellt sich auch in den Dienst der katholischen Missionsarbeit. All diesen Bestrebungen gegenüber hat es der Evangelische Bund für seine Pflicht gehalten,

das Erbe der Lutherischen Reformation zu wahren,

Er hat es mit Goethes Wort gehalten: „Daß der Erbfeind nichts erreicht, ist jedes Deutschen Sache".

Für den Gustav-Adolfverein referierte der Vorsitzende des Hauptvereins der Provinz Sachsen D. Feine-Halle. Die Arbeit in der Provinz Sachsen war vor allem Hilfe für die evangelische Diaspora auf dem Eichsfeld, das bekanntlich zu elf Zwölfteln katholisch ist. Nach der Einweihung der Kirche in Bernterode ist zunächst der Bau einer Kapelle in Uder und eines Gemeindesaals in Lengefeld geplant. Die Provinz wird es auch hier nicht an Unterstützung fehlen lassen.

Der Arbeit der Inneren Mission galten die Referate von P. Menzel, dem Vorsitzenden des Provinzialausschusses und den Synodalen Quack und Mendelson. Der Provinzialausschuß für Innere Mission beschäftigt jetzt fünf theologische Berufsarbeiter. Obwohl die Schwierigkeiten in den Jahren der Inflation groß waren, hat es doch nie an Hilfe gemangelt. Auslandshilfe und vor allem Selbsthilfe haben die Anstalten der Inneren Mission über die schweren Zeiten hinweggeholfen. Es hat nie an glaubensfreudigem Optimismus gefehlt, die wichtige Arbeit fortzuführen. In organisatorischer Beziehung ist die Arbeit fester zusammengefaßt worden. Ein Wirtschaftsbund hat verbilligten Wareneinkauf ermöglicht, eine Hilfskasse in Berlin hat Darlehn vermittelt, in den politischen Kreisen wirken die

Kreiswohlfahrtsdienste,

neuerdings sind überall Ortsausschüsse für Innere Mission im Entstehen begriffen. — Obering. Quack-Bitterfeld gab Anregungen, wie auch von seiten der Gemeinden und kirchlichen Körperschaften auf dem Gebiete der Inneren Mission gearbeitet werden könne. Er beantragte, die Provinzialsynode möge beim Provinzialkirchenrat anregen, sich gemäß § 98, 4 der Kirchenverfassung einem

Sonderausschuß für Innere Mission

anzugliedern. Ueber die Arbeit gegen den Alkoholismus sprach P. Mendelson. Die Frage des Alkohols sei eine Frauen- und Familiennot, sie sei aber auch eine politische Frage. Es ist interessant festzustellen, daß augenblicklich in jedem Jahr 7 Mk. Steuern pro Kopf für den Alkohol gezahlt werden, eine Summe, die etwa 20 Prozent der Reichseinkommensteuer entspricht. P. Hanse-Halberstadt kam auf die Frage des diakonischen Nachwuchses zu sprechen. Das Cäzilienstift in Halberstadt konnte vor dem Kriege einen jährlichen Zuwachs von 40 Diakonissen aufweisen. Diese Zahl ist während des Krieges bis auf drei zurückgegangen und auch gegenwärtig erst wieder auf 15 angewachsen. Auf der anderen Seite ist es vorgekommen, daß an einem einzigen Tage 42 Schwestern angefordert wurden. Es zeigt sich also, daß ein

großer Mangel an Diakonissen

vorliegt. Es muß darauf hin gearbeitet werden, daß der Nachwuchs aus den Jungmädchen-Vereinen und Pfarrhäusern wieder stärker wird. Zu der Frage des Ausschusses für Innere Mission, der dem Provinzialkirchenrat angegliedert werden soll, sprachen Konsistorialrat Dr. Braem, Geheimrat Dr. Wißner, Lic. Geibel, Sup. Lüdecke, Geheimrat Ullmann und General-Superintendent D. Stolte.

Danach kam eine Reihe kleinerer Vorlagen zur Besprechung. Der Antrag des Synodalvorstandes Merseburg-Land, nach dem alle Superintendenten vom 10. Dienstjahr ab automatisch zur Provinzialsynode gehören sollten, wurde abgelehnt. Es soll den Kreissynodalvorständen nahegelegt werden, dafür zu sorgen, daß die Superintendenten durch eine besondere Schreibhilfe entlastet werden. Durch einen Erlaß des Kultusministers war vor einiger Zeit verboten worden, daß Personen unter 18 Jahren sich an öffentlichen Sammlungen beteiligen. Dadurch ist eine Schädigung des Kollektenwesens eingetreten. Der Provinzialkirchenrat soll beim Minister dahin vorstellig werden, daß bei amtlich überwachten, genügend legitimierten Haussammlungen Ausnahmen gemacht werden. Für die soziale kirchliche Arbeit in der Provinz wurden noch 9500 Mark, für den Provinzialausschuß für Innere Mission noch 10 500 Mark neu bewilligt. Es besteht die Aussicht, daß durch diese Bewilligungen in hinreichender Weise seelsorgerisch auch für die Flußschiffer gesorgt werden kann.

Aller Voraussicht nach wird die Provinzialsynode am Donnerstag ihr Ende erreichen. Die nächste Sitzung ist auf Mittwoch, 10 Uhr vormittags festgesetzt worden.

Die versetzte Ernte.

In Nr. 26 des „Deutschen Landwirtschaftsdienstes" berechnet Dr. Freiherr v. Bissing die gesamten Verbindlichkeiten der Landwirtschaft im Jahre 1913 auf etwa 1,3 Milliarden Mark. Demgegenüber stand im Jahre 1913 eine Brotgetreideernte von rund 4 Millionen Tonnen Weizen und 10 Millionen Tonnen Roggen im Werte von etwa 2,4 Milliarden Mark, wenn man den Zentner Weizen mit einem Durchschnittspreise von 198,9 und den Zentner Roggen mit einem Preise von 164,3 Mark pro Tonne einsetzt. Danach würden die fälligen Verbindlichkeiten im Jahre 1913 54 Prozent des Wertes der Brotgetreideernte ausgemacht haben.

Heute sieht dieses Bild ganz erheblich anders aus. Nach dem Rentenbankausweis vom Mai 1925 befinden sich für 800 Millionen Mark Wechselkredite in Händen der Landwirtschaft. Dazu kommen etwa 200 Millionen Mark Ernterkredite, 300 Millionen Mark Wechselkredite von Sparkassen, Genossenschaften, Privatbanken usw., etwa 170 Millionen Mark kurzfristige Notstandskredite, 400 Millionen Mark Düngemittelkredite, 15 Millionen Mark zur Beschaffung von Kraftgeräten, 750 000 Mark zum Bau von Silos. Die kurzfristigen Personalkredite betragen demnach etwa 1,8 Milliarden Mark, das bedeutet eine Zinslast von mindestens 180 Millionen Mark (1913 750 Millionen und 37,5 Millionen Mark).

Hiervon sind nach der Ernte fällig 266 Millionen Rentenbankkredite, 200 Millionen Ernterkredite, die Hälfte von den 400 Millionen Düngemittelkredite, die kurzfristigen Notstandskredite und 100 Millionen Mark Rentenbankbelastung, dazu kommen noch rund 300 Millionen Mark sonstige kurzfristige Kredite, die die Landwirtschaft von Banken und Genossenschaften aller Art erhalten hat. Die Landwirtschaft muß also damit rechnen, daß sie nach der Ernte für rund 1,4 Milliarden Mark kurzfristige Verpflichtungen einschließlich Zinsen wird abdecken müssen. Dabei muß aber noch hinzugerechnet werden die langfristige, wertbeständige Realverschuldung der Landwirtschaft bei den Hypothekenbanken und Sparkassen, so daß sich der vorhin genannte Betrag auf etwa 1,5 Milliarden Mark Verbindlichkeiten, die nach der Ernte fällig werden, steigern dürfte.

Demgegenüber hat die Ernte von 1924 2,4 Millionen Tonnen Weizen und 5,7 Millionen Tonnen Roggen erbracht mit einem Wert von 1,8 Milliarden Mark, wobei die Tonne Roggen mit einem Durchschnittspreise von 216 Mark und die Tonne Weizen mit einem Durchschnittspreise von 235 Mark eingesetzt worden ist. Die fälligen Schulden sind also gleich 83 Prozent des Wertes der Brotgetreideernte von 1924.

Wenn auch der Wert der Getreideernte von 1925 vielleicht etwas höher werden wird, so zeigen diese Zahlen doch zur Genüge, daß fast die gesamte Brotgetreideernte dazu dienen muß, um die Landwirtschaft von ihren fälligen Verbindlichkeiten zu befreien. Diese Feststellung spricht für sich, sie ist um so bedenklicher, als bei ihr noch nicht die Lasten berücksichtigt sind, welche der Landwirtschaft durch die Aufwertung auferlegt werden.

Politische Glossen.

„Wie die Alten sungen . . ."

In Dresden fand dieser Tage eine Bezirksversammlung des Jung-Spartakus-Bundes statt. Wie die „Dresdner Volkszeitung" stolz berichtet, war die politische Tagung stark besucht von Herrschaften in dem respektabeln Alter von 6—14 Jahren.

„Kindergenosse" Weidner forderte mit der Kopfstimme der Ueberzeugung: „Wir müssen alle Lehrer, die prügeln, an den Pranger stellen; wir dürfen uns nicht wie Sklaven behandeln lassen."

So stehen die deutschen Lehrer jetzt angesichts dieser freiheitsstolzen ABC-Schützen da.

Schiller wußte in solchen Sachen besser Bescheid. Er sagt sehr richtig: „Nehmet Holz vom Fichtenstamme, doch recht trocken laßt es sein!" Am Ende würde es auch eine schlichte Weidenrute bei diesen „Kindergenossen" tun! Das wäre immer noch eine „politische Betätigung", die sich sehen lassen könnte.

Mit gleicher Münze.

Am Tor der „verbotenen Stadt" in Peking hängt ein Schild mit der Aufschrift: „Hunden, Engländern und Japanern ist der Eintritt verboten!"

Darob große Entrüstung bei Engländern! Wie war es aber nach dem Kriege? Da hing auch eine Tafel am Hause des englischen Klubs in Peking und darauf stand: „Hunde und Deutsche haben keinen Zutritt!"

Die Chinesen haben eben ein gutes Gedächtnis und eine etwas mangelhaft entwickelte Unterscheidungsgabe. Sonst hätten sie wissen müssen, daß Engländer und Deutsche zwei Dinge sind, die man nicht in einem Atemzuge nennen kann!

Das Haus zu den zwei Heiligen drei Königen.

Roman von L. vom Vogelsberg.

29. Fortsetzung.

Es war ein Ereignis für die gesamte Pikadenbelegschaft, als der erste Sprengschuß durch den Wald dröhnte. Teils mit einer Art abergläubischer Scheu, teils in brennender Neugier stand die buntgemischte Gesellschaft vor dem Bohrloch und Kord mußte sie wiederholt, zuletzt mit strengen Worten, aus der gefährlichen Nähe treiben. Noch einen Blick auf die leise knatternde Zündschnur werfend, ging er mit Esteban und Sylvio zurück, um, mit der Uhr in der Hand, den Schuß abzuwarten. Fast auf die Sekunde geriet der hindernde Felsbuckel in schütterndes Wanken, so daß das Entsetzen den hartnäckigen Zuschauern plötzlich flinke Beine machte, und mit krachendem Knalle barst das eisenharte Urgestein auseinander, tischgroße Brocken wie mit spielender Hand nach allen Seiten streuend. Der Senhor Ingeniero aber war von dieser Stunde an, zumal bei den Indianern, eine Art übernatürliches Wesen geworden, das ihrer Meinung nach noch ganz andere Künste verstand, als Berge zu zertrümmern und mit Felsen Fangball zu spielen.

Dieses unerwartete Zwischenspiel der Sprengungen erforderte Kords erhöhte Aufmerksamkeit und hielt ihn tagsüber vom frühen Morgen bis zum späten Abend an der Arbeitsstelle fest. Denn wenn er auch das rein Handwerkliche seinen beiden Gehilfen überlassen konnte, so war es doch seine besondere Aufgabe, die Art und Weise, wie die Sprengung vorgenommen werden mußte, zu bestimmen und ihre Ausführung genau zu überwachen.

Bei dieser erhöhten Inanspruchnahme fand Kord auch kaum Zeit, sich so in einen neuen Brief Hannes Kesselstatts zu vertiefen, wie er es gern getan hätte. Und doch drängte es ihn während der Arbeit, den Brief hervorzuziehen und ihn mit Eifer von neuem zu studieren. Das Gefährliche seiner Arbeit zwang ihn jedoch, dieser die vollste Aufmerksamkeit zu widmen und so blieb der Brief alltäglich bis zum Abend stecken. Dann aber war Kord Herwaagen zu müde, um in den tieferen Sinn der Zeilen einzudringen, den er hinter diesen vermutete.

Denn es steckte etwas in diesen acht engbeschriebenen Blättern, was ihm Sorge machte. Nicht die Dinge, von denen Hannes schrieb, sondern die, die sie offenbar verschwieg. Es war besonders eine Stelle, die ihm zu schaffen machte und die eigentlich doch nichts enthielt, was Bedenken erregen konnte . . .: Vater will nun doch endgültig, trotz des Abratens aller, den Bau der Bahn übernehmen und sich mit einem Herrn zu diesem Zweck verbinden, von dem man erzählt, daß er die dazu nötigen Mittel zur Verfügung stellen will. Es ist vielleicht dumm von mir, aber so oft ich an dieses Unternehmen denke, wird mir ängstlich zumute. Dabei könnte Vater die besten Aufträge haben, bei denen er nicht nur keine Gefahr läuft, sein Geld zu verlieren, die ihm vielmehr noch guten Gewinn bringen würden . . .

Der Bahnbau . . .! Die fixe Idee Kesselstatts folgte Kord Herwaagen bis in den mexikanischen Urwald. Aber wer war der freigebige Unbekannte? Etwa Augustus Fünfeck? Der Gedanke kam ihm so von ungefähr und die ruhige Ueberlegung befestigte schließlich in ihm die Ueberzeugung, daß nur der selbstbewußte junge Mann mit den unbegrenzten Mitteln der geheimnisvolle Geldgeber sein könnte. Schon deshalb, weil Hannes seinen Namen hartnäckig verschwieg. Die Gewißheit, daß das Geld von dieser Seite her kam, beunruhigte indes Kord weit weniger als die Erwägung, daß das alles nicht mit rechten Dingen zugehen könne. Denn Augustus Fünfeck steckte sein Geld nur dann in faule Unternehmungen, wenn für ihn ein tüchtiger Happen abfiel. Entweder hatte er nun ein Uebereinkommen mit den Behörden getroffen, das ihm den Rücken freihielt und Gottlieb Christoph Kesselstatt in die Tinte setzte oder . . . Kord wischte den kommenden Gedanken mit einer ärgerlichen Handbewegung hinweg und schob den Brief in die Tasche. Das Stimulieren hatte keinen Zweck: er würde Hannes klipp und klar fragen, was es mit der ganzen Sache auf sich hatte.

Das Schreiben aber verschob Kord von Tag zu Tag. Es war eine gewisse Unstetigkeit über ihn gekommen, die ihn in die Wälder hineintrieb. Die Sprengungen waren für einige Zeit eingestellt, da zunächst die Trassierung weitergeführt und der Schutt fortgeräumt werden mußte. So hatte er freie Zeit und konnte seinem Wandertrieb Genüge leisten. Das ungeheure Waldgebiet zwischen der Pikade und San Geronimo war sein Ziel. Benito trug das Gepäck und die Mundvorräte, während er selbst die Büchse überhängte.

Es waren für Kord Herwaagen Tage des reinsten Genusses. Scheinbar ziel- und planlos trieb er sich mit seinem Begleiter in dem paradiesischen Garten der Natur umher, nur schauend und die Schönheit des unberührten Waldes in sich hineintrinkend. Die Büchse hatte Ruhe, umso fleißiger aber waren Zeichenstift und Kamera. Tausende von merkwürdigen und schönen Dingen wurden gefunden und in den Tragkorb versenkt und Benito entdeckte immer Neues und Sehenswertes dazu. Der Indianer schien überhaupt vollkommen in seinem Element zu sein. Nichts entging ihm, kein Laut, keine Pflanze und kein Tier. Mit unbedingter Sicherheit bewegte er sich in dem verstrickten und verschlungenen Unterholz des Waldes, fand er die richtige Stelle, wo das Haumesser einzusetzen war oder wo die stürmischen Wildbäche zu überschreiten waren. Wiederholt hatte Kord bemerkt, wie die dunklen Augen des roten Menschen ihn mit forschendem Blick und glänzenden Augen streiften. Benito schien mitteilsamer, heiterer zu sein in dieser Umgebung, die ihm von Jugend auf vertraut und lieb war. Wenn sie abends ihr Feuer entzündet hatten, so plauderte er in seiner überlegsamen Art von den Geheimnissen seiner heimatlichen Wälder, von ihren Tieren und Pflanzen. Und Kord hörte ihm still zu und machte ihn glücklich, wenn er ihm ein Päckchen Tabak für die Pfeife zuschob.

Vier Tage waren sie unterwegs, am fünften mußten sie an den Heimweg denken, um am Abend wieder im Lager zu sein. Schon während des Marsches, der sie fast in die Nähe von San Geronimo geführt hatte, war es Kord aufgefallen, daß der ihm voranschreitende Indianer seinen Weg mit besonderer Vorsicht zu suchen schien, auch ab und zu wie zufällig stehen blieb und lauschte. Er selbst fühlte das Bedürfnis, dem bescheidenen Menschen irgend ein gutes Wort zu sagen, ihn gewissermaßen für seine Führung zu belohnen.

„Du möchtest wohl immer im Walde leben, Benito?" fragte er.

„Ja, Herr, wenn Du mich fortschickst."

Kord lachte. „Ich denke nicht daran, Dich fortzuschicken, Benito. Im Gegenteil, ich bin mit Dir sehr zufrieden."

Wieder kam das Leuchten in die Augen des Indianers. „Der Wald ist gut, Herr," sagte er jedoch nur, wie in Anknüpfung an die erste Frage Kords.

„Du möchtest also nicht wieder in die Stadt zurück?"

Benito schüttelte nachdenklich den Kopf, blieb aber plötzlich stehen und horchte in den Wald hinein. „Nein, Herr," sagte er dann langsam, die Augen immer noch in das Dickicht gebohrt, „der Indio ist nicht für die Stadt. Die Stadt ist schlecht. Kein Wild, keine Früchte. Nur Schnaps, und der macht den Indio sterben. Dir kann ich es sagen, Senhor, Du liebst den Wald."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919250708-18/fragment/page=0005

Zeugenvernehmung im Angerstein-Prozeß.

Die Beweisaufnahme.

Limburg a. d. Lahn, 7. Juli. Zu Beginn des heutigen Verhandlungstages wurde in die Beweisaufnahme eingetreten.

Zuerst wurden die Zeugen vernommen, die Wahrnehmungen über die Auffindung Angersteins in der Nähe des Hauses des Direktors Dülle gemacht haben. Eine Arbeiterin, Fräulein Bunkel, erklärte, daß sie 10 Minuten nach 6 Uhr Hilferufe gehört und einen Herrn am Wege liegend gefunden habe, der gerufen habe: „Meine arme Frau, wir sind von Räubern überfallen. Nach der Art und Weise, wie Angerstein seine Angaben machte, glaubt die Zeugin, daß er dabei ziemlich bei Besinnung war.

Kaufmann Heupel, der gerade mit dem Zuge in Haiger eingetroffen war, war auch einer der ersten, die zu der Stelle eilten, von der die Hilferufe Angersteins ertönten. Er lief dann auch in das fremde Haus, stieß hier zunächst auf die Leiche der Ella Barth und beteiligte sich dann bei der Bergung der anderen Leichen.

Fuhrmann Ohlenburger sah schon von fern Flammen aus dem Hause schlagen und hörte die Hilferufe. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Angerstein bei Besinnung war, erklärt der Zeuge, daß er vollkommen klar gewesen sei. Andere Zeugen sagen aus, daß Angerstein sehr gestöhnt und nach dem Arzt gerufen habe. Frau Müller, die Gattin des Besitzers des Nachbargrundstückes, in dessen Nähe Angerstein gefunden wurde, bekundet ebenfalls, daß Angerstein, als man ihn in ihr Haus trug, gerufen habe:

„Helft meiner Frau!"

Ich verblute mich."

Ein Zeuge, Güterbodenarbeiter Schol, bekundete, daß man zuerst angenommen habe, daß Angerstein aus dem Zuge gestürzt oder überfahren worden sei, weil er ganz in der Nähe des Bahnhofs lag. Als man ihn habe aufheben wollen, rief er: „Ach, laßt mich, ich verblute ja doch. Seht lieber nach meiner Frau." Darauf habe ihm Schol erwidert, er müsse das der Frau Angerstein sehr schonend mitteilen, worauf Angerstein ihm sagte: „Ach, da sind ja 20 Einbrecher im Haus,

die murksen alles ab."

Der Zeuge war dann mit einigen anderen Männern zum Hause geeilt. Die vordere Haustür und die Fensterläden waren geschlossen. Man fand dann die hintere Tür offen, die Tür zum Kassenraum im Parterre stand ebenfalls offen. Im Obergeschoß fand man die Leichen.

Der Obduktionsbefund.

Hierauf wurden die Kreisärzte vernommen, die die Obduktion der Leichen vorgenommen haben. Kreisarzt Dr. Lipp bekundete, die Leiche der Frau Angerstein habe eine schwere Schädelverletzung aufgewiesen, die von einer Art herrührte, ferner neun Messerstiche in den Hals und Brust, zwei leichtere Stiche in den Arm. Außerdem habe die Leiche an einzelnen Körperteilen leichte Brandwunden aufgewiesen. Der Tod sei infolge Verblutung eingetreten. Der Sachverständige hat auch die Leiche Ditthardts obduziert, der ein ausgesucht kräftiger Mann gewesen sei. Die Leiche habe eine ganze Reihe von Beilhieben aufgewiesen, durch die das Schädeldach abgehoben und das Gehirn herausgeflogen sei. Dr. Lipp hat dann noch die Leiche der jugendlichen Schwägerin nachsezziert, da der Verdacht laut geworden war, daß Angerstein mit ihr in Geschlechtsverkehr gestanden habe. Die Untersuchung ergab jedoch, daß dieser Verdacht vollkommen unbegründet war. Kreisarzt Dr. Schuckert schloß sich dem Gutachten Dr. Lippes an.

Kreisarzt Dr. Süßmann hatte die Leiche der Schwiegermutter obduziert, die zunächst drei schwere Hiebverletzungen am Kopf aufgewiesen habe, von denen der letzte als „Hinrichtungshieb" bezeichnet werden kann, weil er

den Kopf vom Halse getrennt

hatte. Außerdem waren am Körper noch eine ganze Reihe von kleineren Verletzungen zu verzeichnen.

Es wurde dann noch eine Reihe von Zeugen vernommen. Der Zeuge Rohrmann ist am Mordabend mit seinem Polizeihund nach dem Tatort gekommen. Dem Hunde wurde die im Garten vorgefundene Kassette gezeigt, worauf der Hund an der Stelle stehen blieb, wo Angerstein gefunden worden war. Polizeiassistent Milke war der Mordkommission zugeteilt. Als der Zeuge zu Angerstein ins Krankenhaus kam, habe Angerstein gerufen:

„Das sind ja wieder die Männer."

Er habe dann abwehrend die Hände vor die Augen gehalten. Die Ermittelungen ergaben dann, daß mehrere Personen keinesfalls für die Tat in Frage kamen. Aus Erzählungen des Ebert und des Buchhalters Nix, wonach Angerstein Unterschlagungen begangen habe, wurde auch geschlossen, daß Angerstein der Täter sei. Bei der folgenden Vernehmung benahm sich Angerstein sehr kühl und wurde immer ungeduldiger, bis ihm der Staatsanwalt die Tat auf den Kopf zusagte. Angerstein regte sich darüber nicht auf und sagte nur: „O, meine Frau ist tot." Angerstein wurde dann zugeredet, die Tat einzugestehen, es wurde ihm die Leiche gezeigt. Hierbei benahm er sich noch merkwürdiger. Zunächst sagte er ganz kühl: „Ich kann ja nichts sehen." Die Bahre wurde dann höher gehoben und es wurde ihm gesagt: „Das ist Ihre Frau, die Sie erschlagen haben." Angerstein antwortete: „Ich habe nichts getan." Der Zeuge erklärt weiter, daß seine Schlußfolgerung gewesen sei, daß es sich um eine vollständig

planmäßig vorbereitete Tat

gehandelt habe.

Darauf erstattete Sachverständiger Prof. Popp sein Gutachten. Den ersten Verdacht auf Angerstein ergab der Befund des Hundes. Da der Hund besonders scharf war, konnte ihn nur jemand erschlagen haben, der mit dem Hunde vertraut war. Den Zustand des Tatortes bezeichnete Dr. Popp als frisiert. Von einem Kampfe ist nirgends eine Spur gefunden worden. Die Blutspritzer an Möbeln und Wänden reichten stets nur bis Kniehöhe. Die Opfer müssen also durchweg

von hinter erschlagen

worden sein. Die Untersuchung der Kleidungsstücke ergab, daß sich Angerstein die Verletzungen selbst beigebracht haben konnte. Die jetzigen Aussagen des Angeklagten seien mit erheblichen Unrichtigkeiten vermischt. Ueber die Vernehmung Angersteins befundet Dr. Popp, daß Angerstein, als ihm vorgehalten wurde, daß seine Frau tot sei,

keine Spur von Rührung

zeigte. Er führte ein regelrechtes Theater vor und handelte offenbar nach einem bestimmten Programm.

Angerstein erklärte darauf: Je mehr die Wissenschaft sich irrt, desto besser für mich. Die Menschen verstehen mich nicht, wie ich mich selbst nicht verstehe.

Die Verhandlung wird darauf auf Mittwoch früh 8 Uhr vertagt.

Die Botschafternote ein Diktat?

Die gesamte deutsche Presse hat die Botschafternote vom 24. Juni über die neuen Beschränkungen der deutschen Zivilluftfahrt in spontanem Aufschrei auf das schärfste verurteilt und festgestellt, daß die uns zugestandenen „Erleichterungen" lächerlich, die uns neu auferlegten Fesseln unerträglich sind. Die Mehrheit der Blätter kommt zu dem Schluß, das „Diktat" nicht hinzunehmen. Von luftrechtlicher Seite erfahren wir dazu, daß der Ausdruck „Diktat" nicht zutrifft. Die Grundlage für den Auf- und Ausbau unserer Luftfahrt bilden nach wie vor die Paragraphen 198—202 des Versailler Vertrages, die eine militärische Luftfahrt verbieten, und die „Neun Regeln", die dem deutschen Reiche durch das Londoner Ultimatum aufgezwungen sind. Sie sollen den Begriff „zivil" oder „militärisch" für deutsche Flugzeuge festlegen. Irgendwelche Bestimmungen organisatorischer Art oder Beschränkungen der Zahl und des Umfanges unserer Zivilluftfahrt enthalten diese Bestimmungen nicht. Durch die Neuaufnahme derartiger über das Londoner Ultimatum hinausgehender Beschränkungen ist eine veränderte Situation geschaffen, ein „Diktat" kann die Note aber unter diesen Umständen nicht sein.

Auch hinsichtlich der „Erleichterungen" sind Irrtümer in der deutschen Presse aufgetaucht. Die Verlängerung der Flugstrecke beträgt nicht rund 60 Klm., sondern nur etwa 30—35 Klm., die Flugdauer ist überhaupt nicht heraufgesetzt. Für die Bedürfnisse des Luftverkehrs genügen die „Erleichterungen" nicht im entferntesten. Direktor Dr. ing. Grulich von der Deutschen Aero-Lloyd A.-G. stellt in einem Berliner Blatt fest, daß „ein Flugzeug für die internationalen Luftlinien in Europa heute mindestens 200 Klm. pro Stunde eigene Geschwindigkeit, 6000 Mtr. Gipfelhöhe und eine Zuladung von mindestens 1500 Ko. anstatt 900 Ko. haben muß. Für Flugzeuge, die gleichzeitig 70 und mehr Reisende übers Meer, z. B. zwischen Berlin und Neuyork, befördern sollten (derartige Flugzeuge lassen sich bei dem heutigen Stande der Flugtechnik ohne weiteres betriebssicher und wirtschaftlich bauen), müßte obige Zuladung sogar 10 000 Ko. und mehr betragen".

Diese Zahlen beruhen auf langjährigen Erfahrungen im internationalen Luftverkehr, sie bilden deshalb einen wertvollen Beitrag für die Beurteilung des Geistes, in dem die neuen Beschränkungen aufgestellt worden sind.

Nicht unerwähnt soll auch die Auffassung anderer leitender Männer unseres Luftverkehrs bleiben. So schreibt Direktor Gotthard Sachsenberg von der Junkers-Luftverkehrs-A.-G. in dem gleichen Berliner Blatt: „Die Note mahnt die deutsche Luftfahrtindustrie, ihre ausländischen Stützpunkte weiter auszubauen. Die Staatsmänner der Entente werden zu überlegen haben, ob ihnen die Konsequenz in ihre Dispositionen paßt. Die Note braucht die Oeffentlichkeit über diese Gedankengänge hinaus nicht zu beunruhigen, da für die deutsche Regierung ja keine Veranlassung vorliegt, das Danaer-Geschenk anzunehmen. Die Entente hat Deutschland wissen lassen, daß man in der Botschafterkonferenz mit Rücksicht auf die Fortschritte der Technik der deutschen Luftfahrt eine Verbesserung ihrer Lage zugestehen wollte. Da es sich bei den sogenannten Zugeständnissen keineswegs um eine Verbesserung, sondern um eine neue wesentliche Einengung der deutschen Luftfahrt handelt, wird die deutsche Regierung nicht in Verlegenheit gebracht, die neuen Regeln zu diskutieren".

Die Lage des Reichsbranntweinmonopols.

Von Dr. Cremer, M. d. R.

Die Reichsbranntwein-Monopolverwaltung hat sich bisher aus der Kritik der Oeffentlichkeit nicht besonders viel gemacht, inzwischen aber wohl selbst eingesehen, daß sie das Schmerzenskind der Reichsfinanzverwaltung darstellt und versucht, sich Rechenschaft über die Gründe ihres Versagens abzulegen. Die Einnahmen des Reichs aus dem Branntweinmonopol mit etwa 140 Millionen Mark jährlich bleiben hinter den Einnahmen der Vorkriegszeit um mehr als 50 Millionen Mark zurück. Während sie früher etwa ebensoviel wie die Gesamteinnahme aus Tabak und Zucker betrugen, beträgt nach dem Voranschlag für 1925 der Ertrag für Zucker und Tabak zusammengenommen fast 600 Millionen Mark gegenüber 140 Millionen für Branntwein. Durch Mängel in der Organisation des Monopols allein kann das Versagen der Monopolverwaltung nicht erklärt und entschuldigt werden. Diese Mängel sind vielmehr der offenkundigste Beweis für die Unmöglichkeit des Staatsmonopols als solches. Die umfangreichen Spritschiebungen sind noch in aller Erinnerung; wenn daneben die Schwarzbrennerei für den Mißerfolg mit verantwortlich gemacht wird, so ist die Schwarzbrennerei in der früheren Zeit kein Hindernis für die angemessene Ausschöpfung der in dem Branntwein liegenden Steuerquelle gewesen, hat aber auch dem Fortschritt des Brennereigewerbes nicht im Wege gestanden.

Ohne Zweifel ist die Branntwein-Monopolverwaltung unfähig, den Markt in Branntwein und Spiritus sachgemäß zu regulieren, nachdem sich die natürlichen Faktoren der Marktregulierung durch ihre Existenz ausgeschaltet hat. Vor dem Kriege hielten sich Erzeugung und Verbrauch annähernd die Wage. Es stand im Durchschnitt der Betriebsjahre von 1909 bis 1914 einer Erzeugung von rd. 3,6 Millionen Hektoliter ein ebenso großer Verbrauch gegenüber: im Betriebsjahr 1923/24 betrug die Gesamterzeugung rund 1,5 Millionen Hektoliter, der nur ein Absatz von rd. 1,2 Millionen Hektoliter gegenübersteht, also etwa ⅓ des Absatzes in der Zeit vor dem Kriege. Hiervon sind rd. 0,5 Millionen Hektoliter Trinkbranntwein. Für den technischen Brennwein wurden vor dem Kriege jährlich durchschnittlich 1,2 Millionen Hektoliter verwandt: dieser Verbrauch ging in den letzten Jahren auf 0,8 Millionen Hektoliter jährlich zurück. Es ist nicht gelungen, den technischen Spiritus insbesondere für den Motorenbetrieb so zu verbilligen, daß er mit den übrigen Brennmitteln in einen aussichtsvollen Wettbewerb eintreten kann. Gestiegen ist nur die Branntweinausfuhr, die im laufenden Jahr bis auf 0,2 Millionen Hektoliter steigen dürfte.

Dazu wird noch über die unzureichenden Preise von seiten der Brennereien nicht unerhebliche Klage geführt. Vor dem Kriege erzielte der Brenner etwa 45 Mk. je Hektoliter Spiritus: im laufenden Betriebsjahr beträgt der festgesetzte Grundpreis 48 Mark; demgegenüber beträgt der Verkaufspreis der Monopolverwaltung für Trinkspirit 480 Mk. je Hektoliter gegenüber 187,50 Mk. vor dem Kriege, für technischen Branntwein 30 Mk. je Hektoliter. Insgesamt wird man diese Zahlen nur als Kennzeichen eines völligen Zusammenbruches des Gedankens des Reichsbranntwein-Monopols ansehen können, und es wird die ernste Aufgabe sowohl der Reichsfinanzverwaltung als auch der gesetzgebenden Körperschaften sein müssen, diesen unmöglichen Zustand so schnell als möglich durch einen besseren zu ersetzen. Ohne Zweifel kann es nicht geduldet werden, daß weiterhin die für das Gedeihen großer Teile der Landwirtschaft unentbehrlichen Brennereien mehr und mehr eingeschränkt werden, während andererseits die Einnahmen des Reiches in keinem Verhältnis zu dem Schaden stehen, welcher der Wirtschaft im allgemeinen und der deutschen Landwirtschaft im besonderen durch eine Fortsetzung der Monopolverwaltung auch fernerhin zugemutet wird.

* * *

Neue Schandurteile.

Brüssel, 7. Juli. Das belgische Kriegsgericht in Gent hat Generalleutnant Waldorp, Major Guisse, Oberst Knaus sowie die Soldaten Heydebesse, Moos, Wedemans und v. Hermann, die sämtlich den Besatzungstruppen angehört haben sollen, im Abwesenheitsverfahren wegen angeblicher Plünderung eines Schlosses zu je 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

25 Jahre Zeppelin-Luftfahrt.

Mag die Entente immer wieder neue Bestimmungen ausklügeln, um uns zur Luft mit neuen Beschränkungen zu fesseln, die Erinnerungen an bedeutungsvolle Stunden der deutschen Luftfahrt kann sie uns nicht nehmen. In diesen Tagen sind es 25 Jahre her, daß unser Graf Zeppelin seine Versuchsfahrten über dem Bodensee begann und damit den Grundstein legte zu den Erfolgen deutscher Technik, die mit der ruhmreichen Fahrt des Z. R. III im letzten Jahre nach Amerika ihren Höhepunkt erreicht hat. Denn mit dieser Fahrt hat das starre Lenkluftschiff seine Bedeutung als ein die Völker verbindendes Verkehrsmittel für die moderne Kultur bewiesen.

Schauen wir nun die 25 Jahre zurück, als das erste Luftschiff des Grafen Zeppelin seinem Element übergeben wurde.

Im Jahre 1898 war die Gesellschaft zur Förderung der Luftschiffahrt gegründet worden. Sie gab dem Grafen Zeppelin die Mittel an die Hand, den Bau eines ersten Luftschiffes zu beginnen. Entgegen den bisherigen Versuchen glaubte er, mit dem starren Luftschiffe zum Ziele zu kommen. Aus Bambus, Drahtseilen und Aluminiumkonstruktionen fügte er den 128 Meter langen Tragkörper in zylindrischer Gestalt mit abgerundeten Spitzen zusammen. Der Durchmesser betrug 11,6 Meter, und der Querschnitt zeigte ein regelmäßiges 24-Eck. Dieser Tragkörper war mit einem Netz von Ramiesfasern überzogen, das die Unterlage für die eigentliche Hülle aus Seide und Pegamoid bildete. Der so entstandene Hohlraum war in 17 Abteilungen geteilt, in dem sich je ein Ballonet aus gleichem Stoff mit gleicher Hülle befand. Durch diese Unterteilung sollte die Sicherheit des Schiffes gehoben werden. Denn bei einer Verletzung der Hülle war damit kein Gasverlust verbunden. Bei stärkerer Beschädigung war nur das einzelne Ballonet gefährdet, nicht aber die Gasfüllung des ganzen Schiffes in Mitleidenschaft gezogen. Sämtliche Ballonets hatten einen Gasinhalt von 11 000 cbm. Da das Gesamtgewicht mit 10 000 Kg berechnet war, so blieb bei Füllung mit Wasserstoffgas, wobei man die Tragkraft auf reichlich 1 Kg. für den cbm. ansetzt, ein hinreichender Auftrieb. Den Kiel des Schiffes bildete die Galerie, an welcher die beiden Gondeln hingen, die durch einen Laufsteg verbunden waren. Telefonische Verständigung zwischen beiden Gondeln war vorgesehen. In diesen befand sich je ein Daimlermotor von 15 Pferdestärken. Der einen Propeller antrieb.

Interessant war das Höhensteuer, das in einem an einem ausgespannten Tau entlanggleitenden Gewicht von 25 Kg bestand. Je nach der Lage dieses Gewichtes konnte das Luftschiff horizontal oder schräg gestellt werden. Die Seitensteuerung bestand aus vier vertikal stehenden Steuerflächen, die sich an der Spitze und am hinteren Ende des Tragkörpers befanden.

Am Bodensee, unweit von Manzell in der Nähe des Geburtsortes seines Schöpfers, lag dieser Luftkoloß in seiner schwimmenden Halle. Der mittlere Boden dieser Halle war ein Ponton, an dem das Luftschiff befestigt war.

Vor 26 Jahren, am 30. Juni 1900, sollte der Aufstieg vor sich gehen. Aber der Wind und andere Hindernisse vereitelten den Versuch. Zehntausende von Zuschauern mußten enttäuscht heimkehren, der weltgeschichtliche Augenblick war noch nicht gekommen. Auch am nächsten Tage würde ihre Ausdauer auf eine harte Probe gestellt. Erst als abends gegen 8 Uhr der Wind völlig nachließ, öffneten sich die Tore der Halle. Nur einige Meter über dem Wasser bewegte sich der Luftriese zum ersten Male ein kurzes Stück in die Luft, sank alsbald herab und wurde in den Schuppen zurückgebracht.

Man hatte schon etwas gelernt, als man am folgenden Abend das Luftschiff auf seinem Floß bei Zeiten hinausführ. Bei fast stillem Wetter erhob sich das Luftschiff wieder etwa gegen 8 Uhr. Jetzt stieg es aber bald auf 400 Meter Höhe, wo sich nun die Motore in Bewegung setzten. Nach Westen zu ging es mit etwa 25 Km. Geschwindigkeit dem schwachen Winde entgegen. Nach 18 Minuten wendete das Luftschiff. Hierbei versagte jedoch der hintere Steuerapparat. Das vordere Steuer war aber nicht allein imstande, die Wendung schnell genug auszuführen. Das Schiff trieb dem Lande zu. Deshalb zog man es vor, sofort niederzugehen, um die Landung auf dem Ufer mit seinen Hindernissen zu vermeiden. Mit rückwärts laufenden Propellern ging das Luftschiff nieder und setzte sich mit seinen Gondeln sanft auf das Wasser. Bald war es auf seinem Floß festgemacht und wieder in die Halle geschleppt.

Das Ergebnis dieser ersten Fahrt war für den objektiv Urteilenden recht günstig. Bezüglich Festigkeit und Vertikalsteuerung war jedoch noch vieles mangelhaft. Trotz der Bedenken der damaligen Ingenieur- und Luftschifferwelt, trotz der enormen Unkosten, trotz der vielen seelischen Opfer, wenn immer wieder das Werk in Stücke ging, hat Graf Zeppelin mit bewundernswerter Zähigkeit und Ausdauer seine Idee zur Wirklichkeit gemacht. In seinen Helfern fand er die Leute, die treu ihm zur Seite standen, an ihre und sein Werk glaubten, bis nach dem Unglück von Echterdingen das ganze deutsche Volk für seinen Zeppelin eintrat und jeder sein Scherflein dazugab, das nationale Werk zu vollenden.

Wenn dann im Kriege der Zeppelin nicht die Wunder wirkte, die mancher von ihm erhoffte, so waren daran die Umstände schuld, die mit überstürzender Eile die Entwicklung des Flugzeuges tätigten. Die Marine weiß, was das Luftschiff für sie in der Aufklärung gewesen ist.

Wenn dann nach dem Kriege das lenkbare Luftschiff über Deutschlands Gauen verschwunden ist, so ist das kein Beweis dafür, daß der deutsche Luftfahrergeist begraben ist. Die Fahrt des Z. L. 126 nach Amerika und die Aussicht auf einen neuen Luftschiffbau, das den Nordpol überfliegen soll, beweisen es ja, daß der Deutsche seine Geltung zur Luft sich nicht nehmen läßt. Feiern wir drum im stillen Ernst den 25jährigen Geburtstag des Zeppelinluftschiffes, und gedenken wir am 8. Juli seines Schöpfers, der an diesem Tage in Konstanz das Licht der Welt erblickte.

Ein Luftfahrer.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919250708-18/fragment/page=0006

Auf dem Wege zur Harzer Mustermesse.

n der Zeit vom 31. Juli bis 3. August soll die dritte ser Mustermesse in sämtlichen Sälen und Nebenräumen Halberstadter Stadtparks stattfinden. Als man drei Jahren zum erstenmal mit dem Gedanken einer ser Messe in Halberstadt an die Oeffentlichkeit trat, gabs ches überlegene Lächeln. Was sollte wohl eine derart ne Veranstaltung in einer Provinzialstadt gegenüber den ssen in den Verkehrshauptstädten! Aber die Beschickung ersten Messe ermutigte ebenso wie der starke Besuch dem ganzen Harzgebiet zur Fortsetzung dieser Veranstaltung. Die zweite Messe im Vorjahr übertraf bei weitem alle Erwartungen. So haben sich die Harzer Mustersen in Halberstadt zu einer ständigen Einrichtung ausldet, die Aussteller wie Besucher nicht gern wieder missen chten.

Die Besonderheit der Harzer Mustermesse liegt darin, das amte Harzgebiet, als dessen Vorstadt ja Halberstadt gilt, einer Ausstellung zu vereinigen, die Rechenschaft abn soll über den Gewerbefleiß und die Reichhaltigkeit Handel und Industrie im Harz. Ein solcher Ueberblick ndel und Gewerbe im Harzgebiet wird auf den Beher — mag er als Einkäufer oder nur als reiner Beucher kommen — immer eine große Anziehungskraft ausn. So wird die Kauflust angeregt und durch die Schau der schönen Sachen die vielfach noch bestehende Vorliebe ausländische Waren bekämpft

Umfangreich sind die Vorbereitungen für ein derartiges fernehmen. Nach den bisher vorliegenden Anmeldungen Ausstellerfirmen ist wiederum mit einer lebhaften Beiligung zu rechnen. Die Anmeldung weiterer Aussteller baldigst erwünscht, um die Herrichtung der Säle so zu kalten, daß jeder Stand seinen wirkungsvollen Platz erhält. Halberstadt will durch die Ausstellung, die unter dem otektorat des Magistrats der Stadt und der Industrie- d Handelskammer steht, keineswegs mit Leipzig oder Frankt in Wettbewerb treten, aber der Einzelhändler, der einmal ht die Reise- und Uebernachtungskosten für den Besuch er großen Messe aufbringen kann und dann bei dem esenumfang des dort Gebotenen nur schwerlich das entdeckt, s er gebraucht, wird in Halberstadt eine gute Uebersicht er seine besonderen Wünsche finden. Dafür wird schon Ausstellungsleitung, die in Händen der rührigen Ortsuppe des Reichsschutzverbandes für Handel und Gewerbe gt, Sorge tragen.

Aus Stadt und Umgebung

Brauchen wir einen Tierschutzsonntag?

Man hat heute den Eindruck, daß die Bewegung des Tierutzes noch nicht wieder den Einfluß erreicht hat, wie vor m Kriege. Jeder wird sich erinnern, daß in den Jahren vor m Weltkriege die kleinen Hefte, die in so liebenswürdiger d menschenfreundlicher Art sich der Tiere annahmen, in der and aller Kinder waren, und daß davon ein großer Segen sgegangen ist. Wenn das jetzt nicht mehr in demselben ufange der Fall ist, so kommt es doch darauf an, dafür zu rgen, daß es wieder so wird.

Wir möchten hier in dieser Richtung eine Anregung geben: e Schaffung eines Tierschutzsonntages. Das geht vor allen ingen die Herren Geistlichen an und die kirchlichen Kreise, e Einfluß auf die Durchsetzung eines solchen Tages haben s muß immer wieder betont werden, daß jedes Tier, ob roß, ob klein, ein Geschöpf Gottes ist, das nicht gequält erden darf. Es entspricht nicht den einfachsten sittlichen rfordernissen, wenn sich die Rohheit leidenschaftlicher Menhen am wehrlosen Tier austoben darf. Barmherzigkeit muß ie Grundlage der neuen Weltordnung werden, damit dirch ieses Vorbild auch unsere Kinder sittliche Veredelung empangen. Der Kirchengottesdienst ist dafür die gewiesene Stätte.

Es würde sich verlohnen, auch einen Tierschutzsonntag ins luge zu fassen, an dem von allen Kanzeln herab hingeingewiesen werden könnte, daß sich der Gerechte auch seines Viehes erbarmt. Vielleicht ist der 4. Sonntag nach Trinatatis der einer der folgenden eine passende Gelegenheit, auf die flichten der Menschen gegenüber der Tierwelt hinzuweisen, aß man vor allem die Haustiere nur in vernünftiger Weise en soll, daß man ihnen einen reinlichen Stall gibt, sie ut pflegt und, wenn es nötig ist, ihnen den Tod rasch und chmerzlos bereitet. Es ist erfreulich, daß sich der Weltbund der Kirchen für die Feier eines solchen Sonntags ausgesprochen hat, und es wäre zu wünschen, daß in gemeinsamer Beratung ein Sonntag festgelegt wird, an dem des Tieres und seines Wertes gedacht wird.

Vieleich ist es schon den nächsten Jahren vorbehalten, uns den Tierschutzsonntag zu bringen.

*

Die Neuordnung der Volksschullehrerbildung.

Nachdem durch Staatsministerialbeschluß vom 7. Oktober 1924 die Reifeprüfung an einer höheren Lehranstalt als Abschluß der allgemeinen wissenschaftlichen Ausbildung der künftigen Volksschullehrer festgelegt worden ist, ist nunmehr auch über die Gestaltung der Fachausbildung der Lehrer und Lehrerinnen eine grundsätzliche Entscheidung getroffen worden.

In Anlehnung an einen Staatsministerialbeschluß vom 10. Februar 1922 über die zweijährigkeit und organische Selbständigkeit dieser Fachausbildung und in Uebereinstimmung mit der Erklärung der Unterrichtsverwaltung im Hauptausschuß des Landtages am 9. September 1924 hat das preußische Staatsministerium nunmehr beschlossen, daß die pädagogische Fachausbildung der künftigen Volksschullehrer und -lehrerinnen in einem zweijährigen Lehrgang an pädagogischen Akademien erfolgen soll, gemäß den in einer Denkschrift des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung niedergelegten Grundsätzen, deren Veröffentlichung bevorsteht. Mit Rücksicht auf die noch verhandene große Zahl von unbeschäftigten Schulamtsbewerbern sollen zunächst nur 3 pädagogische Akademien Ostern 1926 eingerichtet werden. Ihnen soll die Aufgabe zufallen, die ersten Versuche mit der neuen Lehrerbildung praktisch durchzuführen.

*

Bessert sich der kaufmännische Stellenmarkt?

Die Nachfrage nach Kaufmannsgehilfen war etwas lebhafter zum Schluß des vergangenen Monats. Die Gliederung der Nachfrage nach dem Alter der gesuchten kaufmännischen Kräfte ergibt jedoch die Bestätigung der seit Monaten gewonnenen Erfahrung, daß vorwiegend junge Kaufmannsgehilfen bevorzugt sind. Aus allen Reichsgebieten werden jüngere Kurz- und Maschinenschreiber angefordert. Daneben scheint ein ausgesprochener Mangel an wirklich tüchtigen und erfahrenen Reisenden zu herrschen. Ein weiterer Mangel besteht in Berlin an Verkäufern für Feinkost und Eisenwaren. Der Bedarf an guten Kräften der Manufakturwarenbranche ist in der Provinz Brandenburg, in Mitteldeutschland, in Hamburg und im Westen immer noch nicht gedeckt.

Nicht gefragt sind Buchhalter und buchhalterisch geschulte Hilfskräfte. Sehr schwierig ist es auch, Angestellte zu vermitteln, die in den letzten Monaten einen Wechsel des Geschäftszweiges vorgenommen haben.

Durch die zum Vierteljahrsschluß ausgesprochenen Kündigungen sind wieder sehr viel ältere Angestellte betroffen, wie wir dem Bericht der Stellenvermittlung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes entnehmen können. Beobachtet ist außerdem, daß die Kündigungen zum 30. Juni umfangreicher als in den letzten vorausgegangenen Vierteljahren waren. Aus den Freistaaten Sachsen, Baden und Württemberg liegen jedoch zufriedenstellende Berichte vor, die erkennen lassen, daß die zunächst scharf einsetzenden Kündigungen im Vergleich zu der Gesamtarbeitsmarktlage abgeschwächt erschelnen. Im Ruhrgebiet wirken sich die Kündigungen verschiedener Zechen und Hütten katastrophal aus.

Der kaufmännische Arbeitsmarkt zeigt im allgeweinen kein zuversichtliches Gesicht.

*

Das Besoldungsdienstalter der Schutzpolizeibeamten. Das preußische Staatsministerium hat dem Staatsrat den Entwurf einer Verordnung über die Festsetzung des Besoldungsdienstalters der Schutzpolizeibeamten überreicht. Die besonderen Verhältnisse bei der Schutzpolizei bringen es mit sich, daß die Schupobeamten während ihrer Dienstlaufbahn eine wesentlich größere Zahl von Besoldungsgruppen durchlaufen müssen als die übrigen Beamten. Bei der Anwendung der für die Festsetzung des Besoldungsdienstalters geltenden Vorschriften ergibt sich ein derartiger Verlust von Besoldungsdienstaltersjahren, daß die Schupobeamten sich immer nur in den Anfangsstufen der einzelnen Besoldungsgruppen befinden. Die bei Ueberleitung in höhere Besoldungsgruppen sich ergebenden Verluste am Besoldungsdienstalter haben sich infolge der mehrfachen Aenderungen des Beamtendiensteinkommensgesetzes weiter zu Ungunsten der Schupobeamten vergrößert. Da die Schupobeamten im Gegensatz zu den übrigen Beamten keinen Anspruch auf Verbleiben im Amt bis zum 65. Lebensjahre haben und daher vielfach das Höchstgehalt ihrer Besoldungsgruppe nicht erreichen können, soll diesen Verhältnissen durch eine günstigere Festsetzung des Besoldungsdienstalters Rechnung getragen werden. Die Neuregelung soll nur auf die im Dienste befindlichen Schupobeamten angewendet werden; die Rückwirkung der Verordnung auf den 1. März d. Js. ist erforderlich, weil am 1. Januar, zur Zeit des Ausscheidens von Schupobeamten mit Versorgungsansprüchen, die Verhandlungen über diese Neuregelung bereits eingeleitet waren. Die Neuregelung erfolgt nach dem Grundsatz, die Schutzpolizei mindestens ebenso gut wie die Soldaten der Wehrmacht zu stellen.

Rückgang des Theologiestudiums. Die Zahl der Studierenden der evangelischen Theologie fällt von Jahr zu Jahr. Es liegt eine große Gefahr nicht nur für die Kirche sondern auch für das Volksleben darin, wenn sich heute gegenüber der Vorkriegszeit an manchen Universitäten nur mehr die Hälfte von Theologiestudenten vorfinden. Auf allen deutschen Universitäten waren vor dem Kriege im Sommersemester 1914 4263 Theologiestudenten eingetragen, im Sommersemester 1924 nur noch 1988, dazu noch 57 weibliche Theologie Studierende, die für das Pfarramt einstweilen nicht in Betracht kommen. Das Wintersemester 1924/25 verringerte die Ziffer auf 1835. An der Universität Halle studierten im Sommersemester 1914 448 Theologiestudenten, 1920 waren es 273, 1921 noch 242; im Wintersemester 1924/25 135. Das ist nicht einmal mehr der dritte Teil. Z. Zt. gibt es kein akademisches Studium, das sobald wirtschaftliche Selbständigkeit in Aussicht stellt, wie das theologische.

Vermehrung der Regierungsreferendarstellen. Einem erlaß des preußischen Ministers des Innern und des Finanzministers zufolge wird in Abänderung älterer Bestimmungen die Zahl der bei den Regierungen anzunehmenden Referendare auf je 10 festgesetzt, nachdem die Zahl der Regierungsreferendare bei mehreren Regierungen auf 8 herabgesunken ist und diese Normalzahl bei den anderen Regierungen in absehbarer Zeit erreicht werden wird. Wie wir einem weiteren Runderlaß der beiden Minister entnehmen, sollen Vormerkungen für die Annahme als Regierungsreferendar in der Regel erst nach bestandenem Examen erfolgen. Kandidaten, die unmittelbar vor dem Examen stehen und besonders gute Zeugnisse vorlegen, können ausnahmsweise früher vorgemerkt werden. Es ist jedoch nicht zulässig, daß eine Regierung auf Jahre hinaus Bewerber vormerkt. Die Einstellung der Regierungsreferendare hat in der Regel nach der Reihenfolge der Notierungen zu erfolgen. In besonderen Ausnahmefällen ist es zulässig, nachträglich sich meldende, hervorragend tüchtige oder besonders geeignet erscheinende Referendare mindergeeignete, bereits vorgemerkten Bewerbern vorzustellen.

Schulamtsbewerberlehrgang. Die Teilnahme an den Tagungen der Arbeitsgemeinschaft ist vielen Schulamtsbewerbern und Bewerberinnen nur schwer möglich, weil ihre Wirkungsstätte zu abseits liegt. Dann haben sie auch den Wunsch, von namhaften Schulmännern und Sachkennern in die heutigen pädagogischen und methodischen Fragen gründlich eingeführt zu werden. Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht will deshalb wieder einen Schulamtsbewerberlehrgang vom 31. August bis 24. Oktober einrichten. Die Regierungen sind jetzt ermächtigt worden, den Bewerbern und Bewerberinnen den nötigen Urlaub zu erteilen.

Entlassungsbescheinigungen für Gefangene. In der jedem Gefangenen zu erteilenden Entlassungsbescheinigung ist künftig laut Verfügung des preußischen Justizministers neben der Haftdauer auch der Tag des Beginns und der Beendigung der Haft einschl. etwaiger Untersuchungshaft anzugeben. Das gleiche ist auf den an die Landesämter für Arbeitsvermittlung einzureichenden Anzeigen zu vermerken.

Die Selbstmorde nehmen wieder ab. Die Häufigkeit der Selbstmorde stieg vor dem Krieg langsam aber stetig bis 1913 auf 23,5 auf 1000 Lebende. Sie nahm dann im Kriege auf 18,4 im Jahre 1919 ab, stieg aber alsbald weiter bis 1922 auf 21,9. Das Jahr 1923 hat wieder einen Rückgang auf 21,4 gebracht. Die Zunahme der Selbstmorde bei den Frauen ist durch den Krieg nicht aufgehalten worden. Sie ist von 25 auf 40 Prozent der Zahl der männlichen gestiegen. 1913 hatte sie nur 11,9 betragen, stieg von 1922 auf 1923 weiter von 13,3 auf 13,4. Es hängt dies ohne Zweifel mit der vergrößerten Selbständigkeit der Frauen zusammen. Nach dem Kriege kommt die Vermehrung der weiblichen Selbstmorde nur auf die Frauen über 60 Jahre. Auf 1000 lebende Männer waren 1913 101,6 Selbstmörder im Alter von 60—70 Jahren, aber nur 25,2 Frauen gekommen, 1923 dagegen nur 92,4 Männer und 32,9 Frauen. 70 Jahre und älter waren dagegen 129,4 Männer und 47,1 Frauen.

Die Paßmauern fallen langsam, aber stetig. Der Paß ist aber immer noch die Voraussetzung einer Reise von einem Lande zum anderen. Aus Deutschland braucht man jetzt, nach sieben Jahren des „Friedens", den Sichtvermerk, um in die Nachbarländer zu gelangen. Nicht einmal mit Deutsch-Oesterreich gelang es bis jetzt, diese Förmlichkeit aus der Welt zu schaffen. Die Schweiz, die als Reiseziel für Deutsche zunächst in Frage kommt, hat bereits gegenseitig mit Holland, Norwegen, Luxemburg und anderen Staaten darauf verzichtet. Ohne Zweifel liegt es nur an der deutschen Regierung, wenn wir noch nicht so weit sind. Der Vermerk ist aber schon zu einer Förmlichkeit und Steuer geworden. Jeder erhält ihn ohne Fragen und Umstände für 6,50 Mark. Auch die Reisebüros besorgen ihn, die Vertretungen der Bundesbahnen für weitere 1,50 Mark, das Mitteleuropäische für 2,50 Mark. Dabei wird Erholungsreisenden „Erwerbstätigkeit verboten" eingestempelt. Berufsreisen erfordern weitere Umstände. In die durchgehenden Wagen kommt ein Schweizer Beamter ins Abteil, um einen Stempel mit Tag und Ort aufzudrücken. Die Zollprüfung wird so bequem und leicht gehandhabt wie vor dem Kriege.

Geldentwertung und Kinderzuschlag. Die Ansprüche auf Alimente wurden in der Zeit des Verfalls der Währung von den zuständigen Stellen fast immer so spät erhöht, daß die Sätze bei ihrem Inkrafttreten meist geringer waren als die Kinderzuschläge für Beamte. Um auch die Zuschläge für die unehelichen Kinder angemessen zu erhöhen, wurden diese allgemein geregelt. Dadurch wollte man aber keineswegs der Entscheidung der zuständigen Stellen darüber vorgreifen, welcher Betrag für den vollen Unterhalt des Kindes erforderlich ist. Es ist deshalb jetzt bestimmt worden, daß die Gewährung des vollen Unterhaltes dann anzunehmen ist, wenn der Beamte mindestens den Betrag der Unterhaltsrente, zu deren Entrichtung er verpflichtet ist, aufwendet. Ist diese aber weniger als 1¼ des Kinderzuschlages mit Einschluß des Teuerungszuschlages, so muß der Beamte mindestens diesen Betrag aufwenden.

Die neue Weltpostkarte. Die neuen Postkartenmaße des Weltpostvereins sind jetzt in die deutsche Postordnung aufgenommen worden. Sie betragen 14,8:10,5 Zentimeter. Im Inlandsverkehr können nach einer neuen Ausführungsbestimmung des Reichspostministers Postkarten bis zu 15,7 mal 10,7 Zentimeter vorläufig noch weiter benutzt werden. Den Herstellern von Postkarten soll aber bei jeder Gelegenheit nahe gelegt werden, bei der Herstellung von Postkarten die neuen Höchstmaße einzuhalten.

Aus Kreis und Nachbarkreisen.

Lochau. Stiftungsfest und Fahnenfest. Der Gesangverein Concordia feierte in den letzten Tagen sein 50jähriges Bestehen. Ein Fackelzug am Sonnabend leitete das Fest ein. Unter Vorantritt der Kapelle bewegte sich ein langer, bunt gemischter Zug durch die Orte Lochau und Wesentz. Trotz des Regens herrschte fröhliche Stimmung. Am Gasthause Prochnow wurde der Zug aufgelöst. Die Teilnehmer fanden sich dort zu einem Festkommers zusammen. Die Leitung lag in den Händen des Dirigenten Hauptlehrer Barkowski und des Vorsitzenden Knittel. Massenchöre, Einzelchöre, Sologesänge, turnerische Vorführungen und Ansprachen ernster und heiterer Natur lösten sich ab. Viel zu früh dünkte den Teilnehmern der Abbruch des genußreichen Abends. — Doch die Hauptfeier am Sonntag verlangte frische Menschen. Schon in den frühen Mittagsstunden eilte Verein um Verein herbei. Alle wurden festlich empfangen. Um 2 Uhr schlossen sich alle zu einem Festzuge zusammen, wie ihn unser Ort nur selten zu Gesicht bekommt. Voran ritten auf geschmückten Pferden vier Reiter in der Tracht der fahrenden Sänger aus der Ritterzeit. Dann kam der Festwagen mit der Lorelei, dem sich ein Wagen mit den Ehrenmitgliedern des Vereins anschloß. Es folgten Turnverein, Kriegerverein und Radfahrerverein des Ortes. Ehrenjungfrauen trugen die verhüllte Fahne. Ihnen schlossen sich die auswärtigen Vereine in langer Reihe an. Der festgebende Verein bildete den Schluß. Alle Straßen, die der Zug passierte, waren reichlich mit Fahnen geschmückt. Nach Beendigung des Zuges auf der Waldwiese setzte dort ein reger Betrieb ein. Zwanzig auswärtige Vereine brachten ihre Lieder dar. Die Weiherede für die prachtvolle Fahne hielt der einzige noch lebende Gründer des Vereins, Herr Lehrer Löffler Halle, Der Lochauer Damenchor spendete eine Fahnenschleife mit goldenem Ehrenkranz. Auch eine große Anzahl Fahnennägel wurden mit Glückwünschen für den Verein überreicht. Punkt 7 Uhr formierte sich der Zug aufs neue und marschierte nach dem Festlokal, wo nun ein Ball alle noch recht lange zusammenhielt. Am Montag fand das Fest in einer kleinen Feier einen harmonischen Ausklang.

Aus dem Reiche.

Aus der Reichshauptstadt.

Bluttat eines Siebzehnjährigen. Bei der Berliner Polizei meldete sich der 17jährige Arbeiter Friedrich Zielke, der angab, seinen Bruder ermordet zu haben. Die Beamten nahmen ihn fest und eilten sofort in die Wohnung. Hier fanden sie seine Angaben bestätigt. In dem gemeinsamen Schlafzimmer lag sein 19 Jahre alter Bruder blutüberströmt im Bett und gab noch schwache Lebenszeichen von sich. Der Schwerverwundete wurde in das Krankenhaus gebracht. Die Brüder waren in Streit geraten. Der ältere hatte sich dann zu Bett gelegt und war eingeschlafen. Als er fest schlief, erhob sich Friedrich und gab ihm drei Beilhiebe auf den Kopf. Er glaubte seinen Bruder getötet zu haben. Hierauf zog er sich an, irrte in den Straßen umher, bis ihn die Reue packte und er sich selbst der Polizei stellte. Bei seiner Tat war er so leise zu Werke gegangen, daß seine im Nebenzimmer schlafenden Eltern nichts gehört hatten.

*

Ein Zirkuswagen von einer Lokomotive erfaßt.

Bad Wildungen, 7. Juli. Auf der Eisenbahnstrecke Wabern—Wildungen wurde ein Musikwagen des Zirkus Blumenfeld an einem Bahnübergang von einer Lokomotive zertrümmert. 8 Musiker wurden schwer verletzt. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß die Schranke nicht geschlossen war.

*

Ein Lastkraftwagen mit Ausflüglern verunglückt.

Warburg, 7. Juli. In einem Lastkraftwagen unternahm der katholische Arbeiterverein in Sende einen Ausflug nach dem Hermannsdenkmal. In der Nähe des Sennelagers geriet der Wagen aus unbekannter Ursache ins Schleudern und stürzte um. Von 32 Insassen wurden fünf schwer und sechs leicht verletzt.

*

Chemnitz. Radlerunfall. Der 16jährige Drogistenlehrling Bonitz unternahm in Begleitung einiger Freunde eine Radpartie nach dem Rochlitzer Berg. Bei der Rückfahrt vom Bergrestaurant nach der Stadt Rochlitz verlor er bei der Einmündung der Bergstraße in die von Narsdorf kommende Staatsstraße die Gewalt über sein Rad, rannte gegen einen Baumstumpf und zog sich dabei einen schweren Schädelbruch zu, an dem er alsbald starb.

Gülitz. Tödlich verunglückt. Der Fördermann Karl Hahn verunglückte im Bitzthumschachte dadurch tödlich, daß er beim Bohren in eine alte Bohrlochpfeife geriet, in der wahrscheinlich noch ein Rest Sprengstoff enthalten war. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß der Tod sofort eintrat. Sein Kamerad, der Hauer Otto Stoye, erlitt ebenfalls schwere Verletzungen.

Stettin. Automobilunfall bei Misdroy. Der Generalstaatsanwalt Dr. Spelthahn war mit seiner Frau und seinem Bruder, einem Großkaufmann aus Chemnitz, von Stettin im Automobil nach Swinemünde gefahren. In dem Wagen befanden sich auch die Gattin des Großkaufmanns und sein Sohn. In der Nähe von Misdroy geriet der Wagen infolge des Sandes von der Bahn ab und fuhr gegen einen Baum. Der Generalstaatsanwalt erlitt einen Schädelbruch, seine Gattin schwere Verletzungen am Kopfe. Der Großkaufmann, der das Automobil selbst lenkte, und dem es gehört, ist mit Hautabschürfungen davongekommen. Seine Frau wurde schwer verletzt, während sein Sohn unverletzt blieb. Das Befinden des Generalstaatsanwaltes ist besorgniserregend, während die anderen mit dem Leben davonkommen dürften.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919250708-18/fragment/page=0007

Aus aller Welt.

Der Einbruch in die St. Peterskirche aufgeklärt.

Rom, 7. Juli. Der römischen Polizei ist es gelungen, den Hauptbeteiligten an dem Diebstahl in der Schatzkammer der St. Peterskirche nebst drei Mittätern zu verhaften. Eine Anzahl der geraubten Gegenstände ist bei den Dieben gefunden worden.

*

Der Gebäudeeinsturz in Boston.

Boston, 7. Juli. 300 Hilfsmannschaften arbeiten ununterbrochen, um die Opfer der Einsturzkatastrophe zu bergen. Die Unglücksstätte selbst bietet ein Bild des Grauens. Sie ist ein einziger Trümmerhaufen von verbogenen Stahlträgern, zersplittertem Holz und Mauersteinen. Die Opfer wurden meist in Gruppen zu zwei und drei aufgefunden und zwar in einer Haltung, die deutlich zeigt, daß der Einsturz mit rasender Geschwindigkeit erfolgt sein muß. Einen grauenvollen Eindruck gewährt auch eine Gruppe von vier Männern ineinem Verschlag neben einem Tanzsaal, um einen Tisch herumsitzend, die nicht einmal so viel Zeit hatten, aufzuspringen, als der Saal einstürzte.

*

— **Eine tapfere Verteidigerin ihrer Wohnung.** Die Bewohnerin der Förstervilla in Schlackenwerth bei Karlsbad hatte ein sonderbares, noch unaufgeklärtes Abenteuer zu bestehen. Sie wurde mitten in der Nacht durch ein Geräusch geweckt und bemerkte einen Mann, der sich an der Haustür zu schaffen machte. Als sie ihn aufforderte, wegzugehen, schlug der Fremde die Glasscheiben der Haustür ein, machte dann die Tür auf und zertrümmerte auch die Korridortür. Nun gab die Frau, die inzwischen herbeigeeilt war, aus einem Revolver zwei Schreckschüsse ab. Daraufhin versuchte der Einbrecher an einer anderen Seite in das Gebäude einzudringen. Da trat ihm die mutige Frau abermals entgegen und feuerte den Revolver neuerdings auf ihn ab. Sie hatte aber nicht getroffen, und die unheimliche Gestalt ließ von dem Versuche nicht ab, durch das ziemlich hohe Fenster einzusteigen. Da schoß die Verteidigerin noch einmal, und jetzt fiel der Unbekannte rücklings zurück, wo er mit durchschossenem Kehlkopf tot liegen blieb. In ihm wurde der Kutscher Müller aus Joachimsthal festgestellt.

— **Ein Hundertjähriger mit nur einem Lungenflügel.** In Soleure bei Genf starb dieser Tage der Schweizer Uhrmacher Jacob Gunziger, nachdem er kurz vorher seinen hundertsten Geburtstag gefeiert hatte. Gunziger litt seit frühester Jugend an Tuberkulose und besaß seit seinem 26. Lebensjahre nur noch einen Lungenflügel. Die Aerzte gaben ihm damals nur noch höchstens ein Jahr zu leben. Gunziger, der sehr lebenslustig war, dachte aber nicht daran, dieser schönen Welt so früh den Rücken zu kehren. Ungewöhnlich intelligent veranlagt, warf er sich auf das Studium einschlägiger medizinischer Werke und legte sich selbst auf Grund der so erworbenen Kenntnisse eine Lebensweise zurecht, die sich so bewährte, daß er nicht nur das außerordentlich hohe Lebensalter von hundert Jahren erreichte, sondern auch bis zuletzt rüstig und guter Dinge war. In seinem Beruf war er noch unverdrossen tätig, als er bereits hoch in den Neunzigern stand. Erst in den allerletzten Jahren hatte er sich zur Ruhe gesetzt; aber das tun Gesunde bekanntlich auch, nur viel früher.

— **Absturz eines Militärflugzeuges.** Auf dem Flugplatz bei Reval ist wieder ein Militärflugzeug abgestürzt. Das Flugzeug ist völlig zertrümmert. Von den beiden Insassen wurde der eine schwer verletzt, er starb bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus. Der andere wurde leichter verletzt. Dies ist in diesem Jahre hier bereits das sechste Flugunglück.

— **Der Volksrepräsentant.** Bei Pickeville (Kennedy) wurde vor einigen Tagen John W. Langley, ein Mitglied des Repräsentantenhauses, in total betrunkenem Zustande von einem Polizisten aufgefunden und, da er nur halb bekleidet war, vor das Gericht gebracht. Langley wurde von dem Richter zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt.

Bunte Zeitung.

Rothaarige sind die besten Ehefrauen. Los Angeles darf den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, die Stadt der Vereinigten Staaten zu sein, in der die meisten Ehescheidungen ausgesprochen werden. Dieser Rekord ist aber nicht etwa auf die vielen Filmschauspielerinnen zurückzuführen, die in Los Angeles wohnen, sondern darauf, daß nach Los Angeles alle amerikanischen Ehepaare zu kommen pflegen, die sich von ihren Ehefesseln befreien wollen. Während im Jahre 1924 die Zahl der ausgesprochenen Ehescheidungen 8032 betrug, liegen in diesem Jahre bereits so viel neue Scheidungsgesuche vor, daß man mit einem neuen Rekord rechnen muß. Nach Ausweis der Statistik liegt das Durchschnittsalter der Scheidungsuchenden zwischen 21 und 26 Jahren. Daneben wird die bemerkenswerte Tatsache festgestellt, daß unter den scheidungsbedürftigen Frauen die rothaarigen in verschwindend kleiner Zahl vertreten sind, während andererseits festzustellen ist, daß von den brünetten Damen doppelt so viel scheidungsbedürftig sind als von den Blondinen. Die Richter in Los Angeles schwören daher darauf, daß die Blondinen nicht nur geduldiger sind als ihre brünetten Schwestern, sondern auch in der Ehe ein größeres Maß an diplomatischer Geschicklichkeit an den Tal legen. Die ideale Ehefrau soll aber nach dem Urteil der Sachverständigen die rothaarige Gattin sein, die sich am besten mit den Pflichten der Ehe abfindet und das größte Maß von Lebensklugheit bei der Umschiffung der ehelichen Klippen betätigt.

Kunst und Wissenschaft

Eine „Gesellschaft fü antike Kultur" ist im September 1924 in Weimar gegründet worden, die es sich zur Aufgabe macht, durch Wort und Schrift dem künstlerischen und kulturellen Wert der Antike dem Bewußtsein des modernen Menschen nahe zu bringen. Das Organ der neuen Gesellschaft, deren Aufruf von den hervorragendsten Vertretern des deutschen Geistes- und Berufslebens unterzeichnet ist, ist die von dem Berliner Altertumsforscher Prof. Werner Jaeger herausgegebene Vierteljahrs-Zeitschrift „Die Antike", die den Mitgliedern der Gesellschaft nach Zahlung des Jahresbeitrags von 30 Mark umsonst geliefert wird (Preis für Nichtmitglieder im Buchhandel 40 Mark). Die künstlerisch und typographisch hervorragend ausgestattete Zeitschrift bringt Beiträge aus der Feder erster Kenner des Altertums ;sie dient in erster Linie der produktiven Auseinandersetzung der Gegenwart mit den lebendigen Kräften der Antike und wendet sich mit diesem Programm an die gesamte gebildete Welt. Der Charakter der Zeitschrift ist dementsprechend nicht untersuchend, sondern darstellend unter Abstreifung der fachgelehrten Form. Der Unterstützung des geschriebenen Worts dient ein reiches Material von Textabbildungen und Lichtdrucktafeln, darunter auch farbige Reproduktionen von Werken der antiken Kunst. Daneben kommt die übrige reale und geistige Kultur des Altertums mit ihren Problemen zum Wort. Die Zeitschrift, der weitere Veröffentlichungen der Gesellschaft sich anschließen sollen, ist der lebendige Ausdruck für das neue Ringen unserer Zeit um eigene Stellung in der mit der europäischen und insbesondere der deutschen Bildungsgeschichte vielfältig verflochtenen antiken Kultur. Als Symptom der zunehmenden Hochschätzung der geistigen Werte gegenüber den nur materiellen Interesse ist sie gerade in unserer äußerlich schwierigen Lage, sehr zu begrüßen. — Prospekte versendet der Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin W. 10, Genthinerstraße 38, an den auch Beitrittserklärungen zu richten sind.

Turnen, Spiel und Sport.

6. Grünauer Kanu-Regatta.

Zum sechstenmal soll am 19. Juli die jährliche große Berliner Kanu-Regatta vonstatten gehen, deren Ausschreibung jetzt erschienen und für deren Durchführung diesmal der Berliner Kanu-Regatta-Verein zeichnet. — Ausgeschrieben sind 18 Rennen, darunter die Kreismeisterschaften. Mit Ausnahme dieser sind die Rennen verbandsoffen. Daher werden auswärtige Gäste in größerer Zahl erwartet, die bisher wenigstens stets aus allen größeren Städten des Reiches herbeikämen, angelockt durch den ausgezeichneten Ruf, dessen sich die Regatta in der Reichshauptstadt auf der historischen Strecke erfreute. Immer schwieriger wird die Durchführung der Grünauer Regatta für den märkischen Kreis, kosten doch die Tribünen schweres Geld, das bisher niemals durch hohe Besucherzahl und Einnahmen aus den Eintrittsgeldern gedeckt werden konnte, für den Kreis und seine Mitglieder also stets eine schwere finanzielle Belastung bedeutet.

Der märkische Kreis richtet daher an die Kameraden im Reich die herzliche Bitte, durch zahlreiche Meldungen der Regatta einen besonderen Reiz zu verschaffen, damit die Werbung in der Oeffentlichkeit zu erleichtern und mitzuhelfen, das finanzielle Ergebnis günstiger zu gestalten. Der Berliner Kanusport ringt schwer um die Anerkennung der Oeffentlichkeit, deren Interesse durch die großen in Berlin in ungeheurer Stärke vertretenen Sportverbände stark beschäftigt wird und Mitte des Sommers schon sehr erlahmt. Die kleine Gemeinde der Kanusportler zur Geltung zu bringen, ist daher nicht leicht.

*

Ruderregatta in Grimma.

Für die am 12. Juli nachmittags 1½ Uhr stattfindende Mulde-Ruder-Regatta in Grimma sind von 12 Vereinen aus Breslau, Chemnitz, Dölau, Dresden, Eilenburg, Grimma, Leipzig, Merseburg, Nerchau, Pirna, Riesa, Weißenfels 47 Boote mit 225 Ruderern gemeldet. Durch diese Beteiligung bester Mannschaften ist guter Sport gesichert und die Zuschauer dürften voll auf ihre Kosten kommen, zumal auch der technische Regatta-Apparat vervollkommnet ist, und eine schnelle reibungslose Abwicklung der Rennen gewährleistet. Am Ziel bei Schloß Böhlen Konzertmusik.

Die Merseburger Rudergesellschaft hat 2 Vierer-Mannschaften zu folgenden Rennen gemeldet:

Rennen 5: Anfänger-Vierer: 1. R.-V. Riesa, 2. R.-V. Nerchau, 3. Pirnaer R.-V., 4. R.-C. Eilenburg, 5. Merseburger Rudergesellschaft.

Rennen 10: Jungmann-Vierer: 1. Merseburger Rudergesellschaft, 2. Laubegaster R.-V., 3. R.-V. Neptun-Leipzig, 4. R.-V. Riesa, 5. R.-C. Eilenburg, 6. 1. Breslauer Ruder-Verein.

Rennen 14: Abschieds-Vierer, (2. Abteilung): 7. Merseburger Rudergesellschaft, 8. Laubegaster R.-V., 9. 1. Breslauer R.-V. (3. Boot), 10. R.-Cl. Saxonia-Dölau, 11. R.-C. Meteor-Chemnitz.

Handel und Verkehr.

Die Reichsbank am Halbjahrsende.

Wie der Ausweis der Reichsbank vom 30. Juni erkennen läßt, blieben die Zahlungsmittelansprüche an die Bank zum letzten Halbjahrsschluß hinter den Anforderungen zum Ultimo Mai zurück. An Reichsbanknoten flossen 235,8 Mill., an Rentenbankscheinen 341,4 Mill. in den Verkehr ab, der Notenumlauf erhöhte sich demgemäß auf 2474,4 Mill., der Umlauf an Rentenbankscheinen auf 1671,9 Mill. RM. Die Bestände der Reichsbank an Rentenbankscheinen verminderten sich infolgedessen von 533,9 auf 183,9 Mill. RM., 8,6 Mill. RM. an solchen Scheinen sind während der Berichtswoche zur Vernichtung gelangt. Der gesamte Zahlungsmittelumlauf in Deutschland stellte sich unter Einbeziehung eines Umlaufs von etwa 175 Mill. Privatbanknoten und 468 Mill. Scheidemünzen am 30. Juni auf rund 4790 Mill. RM., d. h. etwa auf den Stand von Ende Mai, wo er sich auf 4786 Mill. RM. bezifferte. Im Zusammenhang mit den Abflüssen an Zahlungsmitteln gingen die fremden Gelder der Bank um 237,8 auf 564,4 Mill. RM. zurück.

Die gesamte Kapitalanlage stieg in der Berichtswoche um 364,9 auf 1939,8 Mill. RM. Im einzelnen nahmen die ausgeliehenen Lombardkredite um 39,4 auf 46,5 Mill. RM. zu, während das Wechselportefeuille durch Rückgabe rediskontierter Wechsel in Höhe von 71,8 Mill. und durch Diskontierungen von privater Seite im Betrage von 253,6 Mill. im ganzen um 325,4 auf 1691,5 Mill. RM. zunahm. Die Summe der rediskontierten Wechsel ermäßigte sich damit auf 539,4 Mill. RM. Das Darlehn bei der Rentenbank zeigte keine nennenswerte Veränderung.

Die Bestände an Gold und Deckungsdevisen erhöhten sich zusammen um 0,1 auf 1415,6 Mill. RM. Infolge der erwähnten Zunahme des Notenumlaufs ging seine Deckung durch Gold und Devisen von 63,2 auf 57,2 Prozent, die Deckung durch Gold allein von 47,4 auf 42,9 Prozent zurück. Die Scheidemünzenvorräte der Bank nahmen um 4,8 auf 67,3 Mill. RM. ab.

Berliner Produktenmarkt.

Berlin, 7. Juli. Im Lieferungsgeschäft waren die Preise nur geringfügig verändert, sonst fehlt es in Weizen fast gänzlich an Inlandsware. Auch in Roggen bleibt altes Material andauernd sehr knapp bei verhältnismäßig hohen Forderungen. Die ersten Zufuhren werden in acht bis zehn Tagen erhofft. Wintergerste wird andauernd stark angeboten und ist schwer verkäuflich. Für Roggenmehl erhielt sich die Nachfrage.

Berliner Börse vom 7. Juli.

Die Börse war zu Beginn im ganzen behauptet. Teilweise traten auf Deckungskäufe Erholungen ein, während Abschwächungen nur vereinzelt zu beobachten waren. Allerdings wurde die Tendenz bald wieder nachgiebiger. Bei der herrschenden Zurückhaltung wirken natürlich auch wieder die schwebenden Fragen der äußeren Wirtschaftspolitik mit, namentlich die Vertagung der deutsch-französischen Verhandlungen.

Leipziger Börse vom 7. Juli.

Die Tendenz der Börse erfuhr keine wesentliche Veränderung. Die Umsätze blieben äußerst bescheiden. Das Kursniveau erlitt eine weitere Senkung, da Aufnahmelust so gut wie gar nicht, auch nicht zu den ermäßigten Notierungen, vorlag. Der Schluß der Börse gestaltete sich unverändert flau.

Vom Devisenmarkt.

Der französische Frank wurde wieder etwas niedriger mit 103,70 für London gegen Paris gehandelt; Paris gegen Newyork 21,36, entsprechend der belgische Frank 104,65, für London gegen Belgien und die Lira mit 130⅝ für London gegen Italien. Das englische Pfund ist unverändert 4,86⅛. Von den nordischen Valuten wurden gehandelt London gegen Stockholm 18,13; London gegen Kopenhagen 23,55; London gegen Oslo 26,75.

Die amtlichen Devisen.

London (1 Pfd. Sterling) 20,391—20,443;
Newyork (1 Dollar) 4,195—4,205;
Amsterdam-R. (100 Guld.) 168,19—168,61;
Brüssel-Antwerpen (100 Frk.) 19,39—19,43;
Italien (100 Lire) 15,43—15,47;
Kopenhagen (100 Kr.) 86,64—86,86;
Lissabon (100 Escuto) 20,675—20,725;
Paris (100 Frk.) 19,59—19,63;
Prag (100 Kr.) 12,436—12,476;
Schweiz (100 Frk.) 81,38—81,58;
Spanien (100 Pes.) 60,92—61,08;
Stockholm (100 Kr.) 112,41—112,69;
Wien (100 Schill.) 59,057—59,197.

Notenkurse.

Polen 79,80—80,60; Oesterreicher 59,13—59,43; Schweizer 81,55—81,95; Italienische 15,45—15,53.

Berliner Metallpreise.

Berlin, 7. Juli. Kupfer, Elektrolyt 131,50; Rohzink 68,00—69,00; Plattenzink 61,00—62,00; Aluminium 235 bis 240; Nickel, rein 345—350; Silber, ca. 900f. 95,00 bis 96,00.

Effektenkurse.

(mitgeteilt von der Commerz- und Privatbank Merseburg)

Berliner Börse vom 7. Juli 1925.*)

Anleihen	
Dollar Schätze	93,50
kl. Goldanleihe	100,—
gr. "	90,25
5% Dt. Reichsanl.	0,38
4% dto.	0,48
3½% dto.	0,47
3% dto.	0,68
4% Preuß. Consols	0,60
3½% dto.	0,50
3% dto.	0,51
Sächs. land. Pfdbr.	8,75
Meining. Hyp. 1/17	5,15
Prß. Bodkrd. 3—29	4,80
Oestr. Gold 10./19	10,40
Ungar. Gold 7/19	8,25
Ungar. Kr. R. 6/19	0,95
5% Neckar A. G. 21	0,29
Rhein Main Donau	0,04
Schl. Holst. El v. 21	0,17
4½% A. E. G. 9	0,95
Bad. Anilin v. 19	5,80
Höchster Farben 19	4,50
Aktien	
Schiffahrts-Aktien	
Hamburg Amerika	53,50
Hansa Dampf.	82,75
Nordd. Lloyd Akt.	57,—
Verein. Elbeschiff.	40,60
Bank-Aktien	
Bank elektr. Werte	3,10
Bank f. Brauind.	79,75
Berl. Hand G.(100)	120,75
Com. u. Priv. Bk.	97,—
Darmst. u. Nat. Bank	118,25
Deutsche Bank (60)	120,—
Disk. Com. Ant. (40)	108,—
Dresdner Bank	101,75
Halle Bankverein	1,60
LeipzigerCred. Anst.	84,—
Reichsbank Anteile	123,25
Sächsische Bank	3,60
Wien. Bkv.(M p.St)	5,60

Brauereien	
Engelhardt-Brauer.	113,—
Schulth. Patzenhof	30,—
Leipzig Riebeck	74,—
Industrie-Aktien	
Aachener Spinnerei	0,20
Accumulatoren	109,—
Agfa	113,25
Allg. Berl. Omnibus	16,
A. E. G.	93,25
Ammendorf Papier	123,50
Anhalter Kohlen	20,—
Aschaffenburg Pap.	72,—
Bad. Anilin (120)	122⅞
Baroper Walzwerke	16,—
Bedburger Wolle	60,—
Bochum Guß	75,50
Busch opt. Industr.	70,50
Charlottenb. Wasser	72,50
Chem. Heyden	60,75
Chem. Ind. Gelsenk.	74,0
Dessauer Gas	84,30
Dtsch. Erdöl	95,—
Dynamit Nobel	75,50
Eilenburger Cattun	95,
Elberfelder Farben	112,60
Eschweiler Bergw.	123,—
Fahlberg List	54,—
Fraustädter Zucker	82,75
Gelsenk. Bergwerk	57,—
Genthiner Zucker	1⅛
Ges. f. el. Unter.(100)	110,75
Glauziger Zucker	95,75
Görlitzer Waggon	41,10
Hamb. El. Wk. (100)	90,—
Harpener Bergwerk	110,—
Hirsch Kupfer (150)	99,25
Höchster Farben	113,
Ilse Bergbau	93,75
Jüdel & Co.	63,—
Kahla Porzellan	70,
Kirchner & Co.	22,50
Koehlmann Stärke	97,—
Köln Rottweil	88,60
Körbisdorf. Zucker	113,—
Kraftwerk Thüring.	5,90

Lahmeyer & Co.	69,75
Leopoldgrube (140)	60,25
Linde Eismasch.	117,50
Lüneb. Wachs.(100)	83,—
Magdeburger Gas	4,—
" Bergw.-Ges.	66,—
Mansfelder Bergw.	61,
Martenh. Kotzenau	37,50
Masch. Baum	66,50
" Buckau	75,—
Mix u. Genest (100)	71,20
Neckars. Fahrzeug	80,—
Niederschl. Elektriz.	—
Oberschl. Eisen. Bed.	50
Orenstein & Koppel	63⅜
Ostwerke	111,—
Panzer	9
Phönix Bergbau	86,75
" Braunkohle	36,—
Reichelt Metall	61,25
Rhein. Westf. El.W.	103,
Gebr. Ritter	102,—
Rombach Hütte	59⅛
Rositzer Zucker	89,—
Rütgerswerke	69,50
Sächs. Webstühle	104,50
Sarrotti Chok. (20)	126,
Schieß Masch. (600)	45,
Schuckert & Co.	69,60
Schulz jun. (200)	82⅜
Siegen-Solinger	40,50
Simonius Zelluloi	—
Steingut Colditz	97,50
Stinnes Riebeck	73,50
Tecklbg. Schiff	10,50
Tempelhoferfeld	38,—
Thüringer Zucker	45,60
Union ch. m. Prod	15,40
VarzinerPapier(80)	54,—
Ver. Kohle Borna	21,25
Wandererwerke	121,50
Wegel. & Hüb. (100)	74,
Wersch.-Weiß. Brk.	130,—
Westeregeln Alkali	18,60
Wolf Masch. Buck.	40,—
Wotanwerke	3,—
Zeitz. Masch. A.(100)	119,50
Zwickau. Masch.(20)	70,25

Berliner Freiverkehr vom 7. Juli 1925.

Kali Krügersh.	90,—	Becker-Kohle	4⅛	Ruß A. E. G.	—
Wittekind	60,—	Brown Boveri	—	Schebera	41,—
Api	0,45	Chem. Zeitz	56,50	Jul. Sichel	39,—
Dtsch. Petrol.	70,—	Gummi Elbe	135,	Stoewer-Auto	79,—
Diam. Shares	18,60	Hagen&Rötteln	,—	Straulauer Glas	83,—
Nationalfilm	0,30	Hochfrequenz	73,—	Winkelh. Cogn.	1,90
Ufa-Film	73,—	Manoli	0,20		

Leipziger Börse vom 7. Juli 1925.

Altenburg. Landkr.	0,90	Hetzer Weimar	33,50	Naumann-Brauerei	93,
Busch Waggon Brz.	50,	Hupfeld, Ludw,	77,25	Paradiesb. Steiner	125,—
Chromo Najork(20)	73,—	Käftner, Carl	1,12	Pittler Werkzeug	129,—
Cröllwitzer Papier	12,—	Kirchner & Co.	22,50	Riquet & Co (20)	92,50
Dermatoid Wk. (20)	58,—	Körbisdorfer Zuck,	112,—	Schub.&Salzer(100)	121,50
Etzold & Kießling	8,—	Kriebsch Mühle	54,	Stöhr, Kammgarn	31,25
Falkenst. Gardinen	69,75	Landkr. Leipzig	64,—	Thür. Wollgsp,(100)	83,75
Gnüchtel. S. Email	83,	Leipzig Riebeck - B.	74,75	Tränk.& Würk.(100	76,75
Groß, Kunstanstalt	39,75	" Buchb. Fritzsche	74,—	Ullersdorf. W. (100)	48,50
Hall. Pfännersch.	66,—	" Piano Zimm.	92	Wotanwerke	3,—
Hartmann S. Masch	53,50	LindnerGottfr.(100)	60,—	Zittau Mech. Web.	74,50

Leipziger Freiverkehr vom 7. Juli 1925.

Altenburg. Glash.	68,50	Ley, Arnstadt	63,—	Samsonia	—
Bauchwitz Pscherer	0,40	Metallw. Borsdorff	—	Seidel & Naumann	—
Dusch Wagg.(p.St.)	8,—	Nordd. Gem. 500	47,—	Thür. Zuck-Walschl	46,50
ähne Max	0,12	Nordd. Gem. 1000	124,30	Weidaer Jutte	146,
Escher Bernh.	64,25	Parkhotel Leipzig	—	WolfhaarHainichen	1,03
Heine & Co.	50,50	Reform Motoren	36,		
Karnatzki	—	Rhein.-Hess. Treibr.	—		

*) Die hinter der Aktienbezeichnung in Klammern stehende Ziffer bedeutet den heutigen Goldwert und ist der dahinter verzeichnete Kurs in Goldprozent zu verstehen.

Hallesche Börse vom 7. Juli 1925.

Bank- u. Versich.-Akt.		Werschen Weißenfels	135,75	Heckert Glas . . .	—
		Bruckdorf-Nietleb.	5,100	Hildebrand Mühle	50,
Halle Bankverein	90,—	**Industrie-Aktien.**		Moritz Jahr	0,65
Hall. Efft. u. Wechs.	33,			Gebr. Jentzsch	62,—
Gew. u. Handelsb.	1,15	Ammendorf Papier	123,—	Kaiserbad Schmiedeb.	50,—
Landkredit-Bank	106	Cröllw. Papierf.	10,—	W. Kathe	30,60
Zörb. Bankverein	0,09	Cönnerer Malzf.	88,	Körbisdorf. Zuck.	—
Iduna Feuervers.	—	Eilenb. Katt.-Manuf.	96,5	Kyffhäuserhütte	45,—
		Eisenwerk Brünner	55,—	Gottfr. Lindner . .	62,75
Bergw.-Akt. u. Kuxe.		Zimmermann & Co.	29,—	Schrapl. Kalkw.	50,
		do. Vorz.-Akt.	—	Wegelin u. Hübner	75,50
Halle Pfännersch. .	66,50	Glauziger Zuckerf.	94,—	Zeitzer Maschinenf.	—
Prehl. Braunk.	84,—	Hallesche Maschinenf.	9,25	Zuckerraff. Halle .	17,—
Riebeck Montan .	74,—	" Röhren . .	62,	Hanf Import .	1,95

Die amtlichen Produktenpreise vom 7. Juli.

Berlin, den 7. Juli. (Drahtlos). Amtlich wurden heute notiert (Getreide- und Oelsaaten per 1000 kg, sonst per 100 kg in Goldmark)

Weizen märk. — Roggen märk. 229—230, Sommergerste märk. 202—216, Futtergerste 200—204, Hafer märk. 232—240, Hafer pom. — — Weizenmehl 33,50 - 36,00, Roggenmehl 31,00, bis 33,00 Weizenkleie 12,80—12,9 Roggenkleie 13,60—13,75 Raps 3,40 3,55 Leinsaat — — Viktoriaerbsen 27,00—33,00, kleine Speiseerbsen 25—26. Futtererbsen 21,50 - 25,00 Peluschken 23,—22, Ackerbohnen 21,00—22. Wicken 25,00 - 26, Lupinen bl. 11,5—12,5 Lupinen gelbe 15,00—16,50 Seradella alte —, neue — — Rapskuchen 15,40—15,60 Leinkuchen 22,40—22,60 Trockenschnitzel 10,40—11,— Zuckerschnitzel — Tortmelasse 9,6 - 9,65 Kartoffelflocken 23,80 bis 24,00 Kartoffeln weiße — rote — blaue—gelbfleischige —

Rauhfutternotierungen.

Berlin, 7. Juli. Drahtgepr. Roggenstroh 1—1,45; Haferstroh 0,85—1,20; Weizenstroh 0,90—1,30; Roggenlangstroh 1,30—1,80; bindfad. gepr. Roggen- und Weizenstroh 1,00 bis 1,40; Häcksel 1,30—1,80; Heu 2,50—3,00; gutes Heu 3,30—3,90; Kleeheu, lose 4,25—4,75.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919250708-18/fragment/page=0008